

**Prognose der  
österreichischen  
Wirtschaft 2009-2010**

**Juni 2009**

**SPERRFRIST: Freitag, 26. Juni 2009, 11.00 Uhr**



**Prognose der  
österreichischen  
Wirtschaft 2009-2010**  
**Jahresmodell LIMA/05**  
**Juni 2009**

Die ökonometrischen Modellprognosen  
werden von einer Arbeitsgruppe  
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer  
Ines Fortin  
Daniela Grozea-Helmenstein  
Jaroslava Hlouskova  
Helmut Hofer  
Robert M. Kunst  
Ulrich Schuh  
Edith Skriner  
Ludwig Strohner  
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm  
des Instituts für Höhere Studien

## **Kontakt:**

Bernhard Felderer  
☎: +43/1/59991-125  
email: felderer@ihs.ac.at

Helmut Hofer  
☎: +43/1/599 91-251  
email: hofer@ihs.ac.at

Ulrich Schuh  
☎: +43/1/599 91-148  
email: schuh@ihs.ac.at

Tanja Gewis  
Public Relations  
☎: +43/1/599 91-122  
email: gewis@ihs.ac.at

---

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundes (BM für Finanzen und BM für Wissenschaft und Forschung), der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung und Zusammenfassung</b>	<b>1</b>
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse .....	4
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse .....	5/6
<b>2.</b>	<b>Die internationale Konjunktur</b>	<b>7</b>
	2.1 Internationale Konjunkturprognosen .....	7
	2.2 Länderprognosen .....	9
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen .....	18
<b>3.</b>	<b>Die österreichische Außenwirtschaft</b>	<b>19</b>
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten .....	20
<b>4.</b>	<b>Perspektiven der Inlandskonjunktur</b>	<b>21</b>
	Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte .....	21
	Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände .....	23
	Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate .....	23
	Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie .....	24
	Abbildung: Inflationsrate .....	27
	Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2009 .....	28
<b>5.</b>	<b>Monetäre Prognose</b>	<b>30</b>
	Texttabelle: Leitzinsen.....	30
	Abbildungen: Ergebnisse der monetären Prognose .....	32
	<b>Tabellenanhang</b>	<b>33</b>



# 1. Einleitung und Zusammenfassung

## Tiefpunkt der Krise bereits erreicht?

Die Weltwirtschaft befindet sich in der schwersten Rezession der Nachkriegszeit. Die Krise der Realwirtschaft trifft nahezu alle Ökonomien synchron und ist mit der vom US-Immobilienmarkt ausgelösten Finanzkrise verbunden. Nach dem markanten Wirtschaftseinbruch im vierten Quartal des Vorjahres schrumpfte die Weltwirtschaft im ersten Quartal dieses Jahres weiterhin kräftig. In den USA ist die Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal um 1.5 % zurückgegangen, nach 1.6 % im vierten Quartal. In Europa verstärkte sich der Produktionsrückgang. Das BIP im Euroraum ist um 2.4 % gesunken, nach 1.8 % im Vorquartal. Besonders betroffen davon sind Deutschland (-3.8 %) und Mittel- und Osteuropa. Im zweiten Quartal bleibt die Wirtschaftsentwicklung sehr schwach. Allerdings deuten einige Hinweise auf eine Stabilisierung der Weltkonjunktur im Verlauf der zweiten Jahreshälfte. Die Bedingungen auf den Finanzmärkten haben sich verbessert, die Aktienmärkte zeigen eine Aufwärtstendenz und insbesondere die Frühindikatoren sind erstmals nach längerer Zeit wieder nach oben gerichtet. Anzeichen für eine kräftige Konjunkturerholung sind gegenwärtig nicht auszumachen, vielmehr wird eine Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung auf niedrigem Niveau erwartet.

Im ersten Quartal hat die weltweite Wirtschaftskrise Österreich voll erfasst. Das BIP ist gegenüber dem Vorquartal um 2.6 % geschrumpft. Besonders ausgeprägt war der Rückgang im Bereich der Exporte (-8.1 %) und bei den Investitionen (-3.6 %). Aufgrund des schwachen ersten Quartals sowie der ungünstigeren Konjunkturaussichten, insbesondere in Deutschland und in Mittel- und Osteuropa, muss das Institut seine Wachstumsprognose für das Jahr 2009 weiter senken. Das österreichische BIP wird 2009 um 4.3 % schrumpfen, nächstes Jahr könnte ein positives Wirtschaftswachstum von 0.3 % erzielt werden.

Weiterhin ist die Prognose der Wirtschaftsentwicklung mit großen Unsicherheiten behaftet. Historische Evidenz zeigt, dass auf tiefe Wirtschaftsabschwünge schnelle und teilweise recht kräftige Aufschwünge gefolgt sind. Die Verbindung von Konjunktur- und Finanzkrise spricht aber für eine längere Dauer und eine nur sehr moderate Erholung nach der Krise. Erforderlich für eine nachhaltige Wirtschaftsbelebung ist jedenfalls, dass das Vertrauen im Finanzsektor wieder hergestellt wird. Dafür gibt es klare Anzeichen, und auch die expansive Geld- und Fiskalpolitik stützt die Wirtschaft. Der Prognose liegt folgende Einschätzung der internationalen Konjunktur zugrunde. Die US amerikanische Wirtschaft wird 2009 um 2 ¼ % schrumpfen, 2010 könnte sie mit einem Wachstum von 1 ½ % wieder deutlich an Fahrt gewinnen. Im Jahresdurchschnitt 2009 geht die Wirtschaftsleistung im Euroraum um knapp 4 ½ % zurück, für nächstes Jahr wird ein Wachstum um ¼ % unterstellt.

Die ungünstige Wirtschaftslage drückt auch auf den privaten Konsum. Für dieses Jahr erwartet das Institut einen Rückgang der realen privaten Konsumausgaben in Österreich um 0.2 %. Hierbei wirkt die Arbeitsmarktentwicklung dämpfend, hingegen stützen niedrige Inflation und Steuerreform die real verfügbaren Haushaltseinkommen. Laut Prognose steigt die Sparquote um ¼ Prozentpunkt. Für das

kommende Jahr wird nunmehr ein Konsumzuwachs von 0.2 % erwartet. Dies impliziert einen Rückgang der Sparquote um 0.5 Prozentpunkte.

Weltweit sind die Investitionen eingebrochen. Diese Entwicklung zeigt sich auch in Österreich. Im ersten Quartal lagen die Ausrüstungsinvestitionen um 10.8 % unter dem Vorjahresniveau, der Rückgang bei den Bauten betrug 7.5 %. Die gegenwärtige Wirtschaftslage, die pessimistischen Erwartungen sowie die ungünstigeren Finanzierungsbedingungen belasten die Investitionstätigkeit. Die Prognose ergibt für heuer ein Schrumpfen der Ausrüstungsinvestitionen um 12 %. Aufgrund der staatlichen Konjunkturpakete fällt der erwartete Rückgang bei den Bauinvestitionen mit 3 % deutlich verhaltener aus. Insgesamt gesehen schrumpfen die Investitionen um 9.4 %. Im nächsten Jahr dürfte sich der Einbruch bei der Investitionstätigkeit spürbar verlangsamen, das Institut geht aber von weiterhin rückläufigen Bruttoinvestitionen (-2.1 %) aus.

Die Weltrezession schlägt voll auf die österreichischen Exportmärkte durch. Die geringere Nachfrage aus Deutschland und Ost- und Mitteleuropa nach österreichischen Waren hat das Institut veranlasst, seine Exportprognose weiter zurückzunehmen. Nunmehr erwartet das Institut für 2009 einen Rückgang der österreichischen Warenexporte um 14 %. Für die realen Exporte im weiteren Sinne laut VGR impliziert die Prognose ein Schrumpfen um 11.2 %. Aufgrund der schwächeren Binnennachfrage und der Vorleistungsverflechtungen gehen auch die Importe zurück, allerdings in geringerem Ausmaß. Die realen Warenimporte sinken heuer um 9.5 %, die realen Importe im weiteren Sinne laut VGR um 8.7 %. Im Einklang mit der Belebung des Welthandels sollte sich die Außenhandelsdynamik 2010 wieder leicht beleben (Exportwachstum 1.9 %, Importwachstum 1.2 %).

Der weltweite Fall der Energie- und Rohstoffpreise sowie die schwache Konjunktur führen zu einer deutlichen Verlangsamung des Preisauftriebs. Das Institut sieht aber momentan keine Deflationsgefahr und erwartet für den Jahresdurchschnitt 2009 eine Inflationsrate von 0.6 %. Nächstes Jahr dürfte insbesondere aufgrund der wieder anziehenden Energiepreise die Inflation 1.6 % betragen.

Die Rezession führt zu kräftigen Beschäftigungsrückgängen und damit zu stark steigenden Arbeitslosenzahlen. Für den Jahresdurchschnitt 2009 erwartet das Institut einen Beschäftigungsrückgang um 1.5 %, dieser wird durch die Kurzarbeit und die prozyklische Entwicklung der Arbeitsproduktivität etwas gedämpft. Im kommenden Jahr dürfte die Beschäftigung um durchschnittlich 1 % sinken. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition wird in diesem Jahr 7.7 % betragen und nächstes Jahr auf den Rekordwert von 8.8 % klettern. Für die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition impliziert dies Werte von 5.4 % und 6.3 %. Prinzipiell sind die verstärkten arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen zu begrüßen. Vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Ressourcen ist aber darauf zu achten, dass die Mittel zur Verhinderung eines Anstiegs struktureller Arbeitslosigkeit eingesetzt werden.

Die Rezession, die Konjunkturpakete und die Steuerreform prägen die Budgetentwicklung im Prognosezeitraum. Gegenwärtig erwartet das Institut für das heurige Jahr ein Budgetdefizit von 4.4 %, nächstes Jahr könnte es auf 5.4 % steigen. Die Abweichungen vom Stabilitätsprogramm resultieren aus der schwächer eingeschätzten Wirtschaftslage, was geringere Einnahmen und höhere Ausgaben impli-



ziert. In der gegenwärtigen Konjunktursituation erscheint eine drastische Rückführung des Defizits nicht angebracht. In den folgenden Jahren sind aber harte Konsolidierungsanstrengungen notwendig, um das Budgetdefizit abzubauen. Unumgänglich sind dabei weitreichende Reformen, etwa im Bereich der Verwaltung, der Beziehungen der öffentlichen Gebietskörperschaften untereinander, bei den Pensionen sowie im Bildungs- als auch im Gesundheitssystem. Die Nutzung aller Einsparungspotenziale ist erforderlich, um wieder auf einen nachhaltigen Budgetpfad zurückkehren zu können.

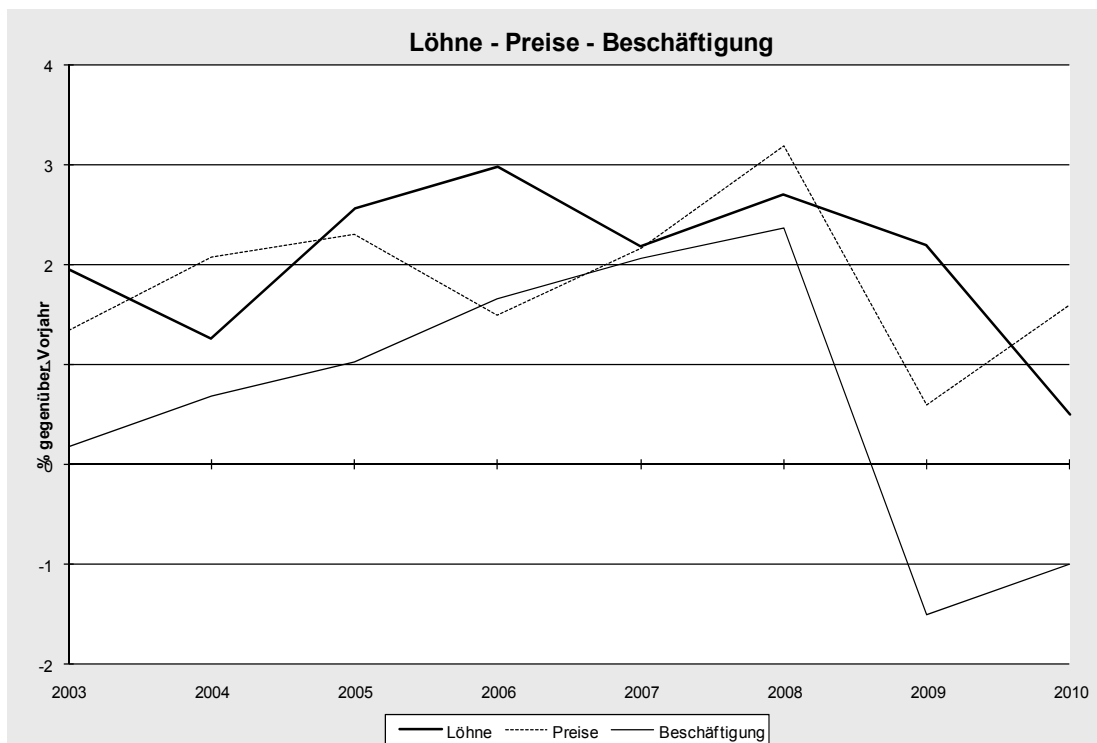
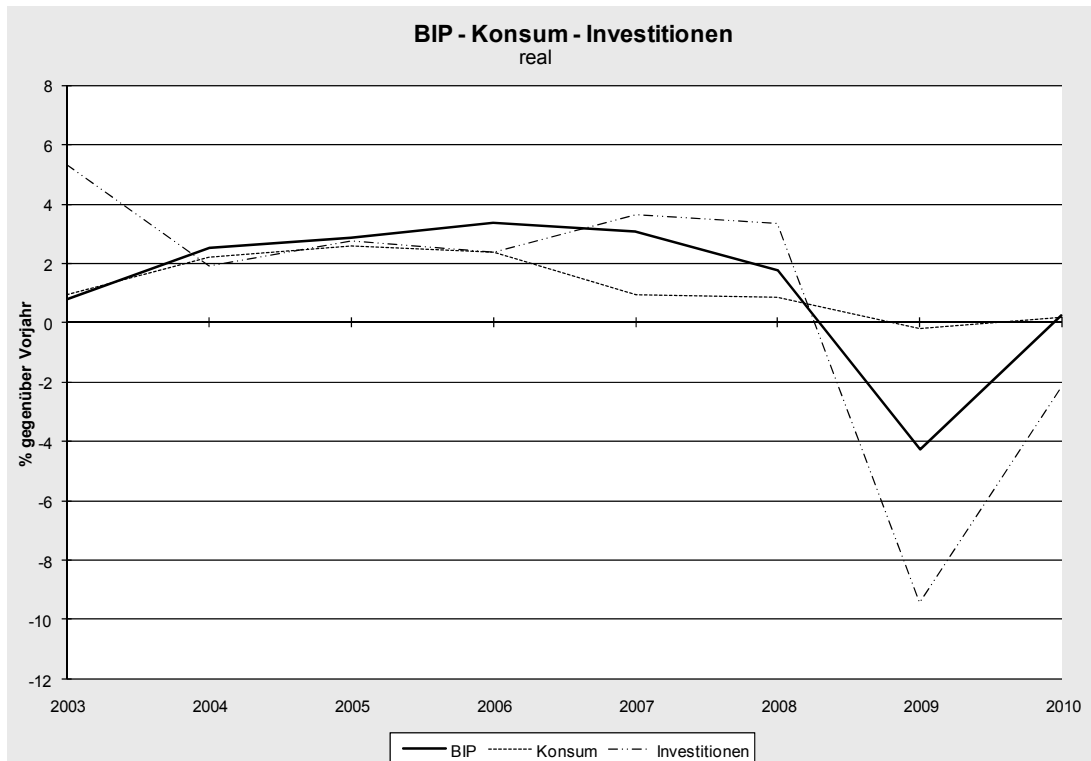
## Wichtige Prognoseergebnisse

### Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

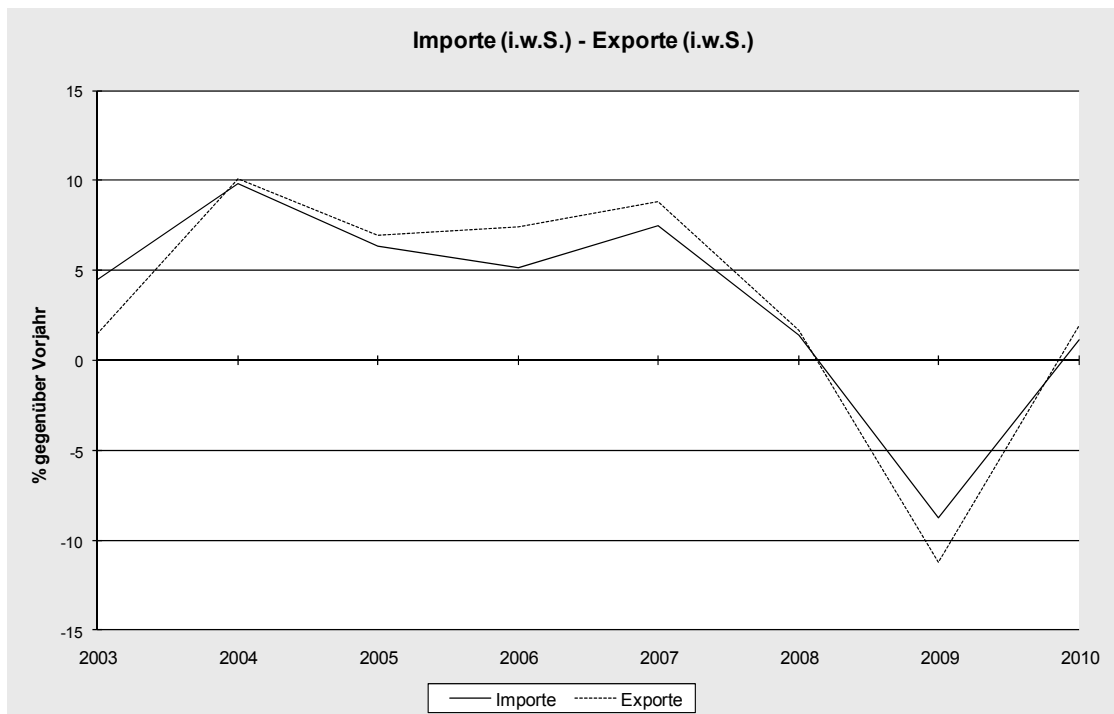
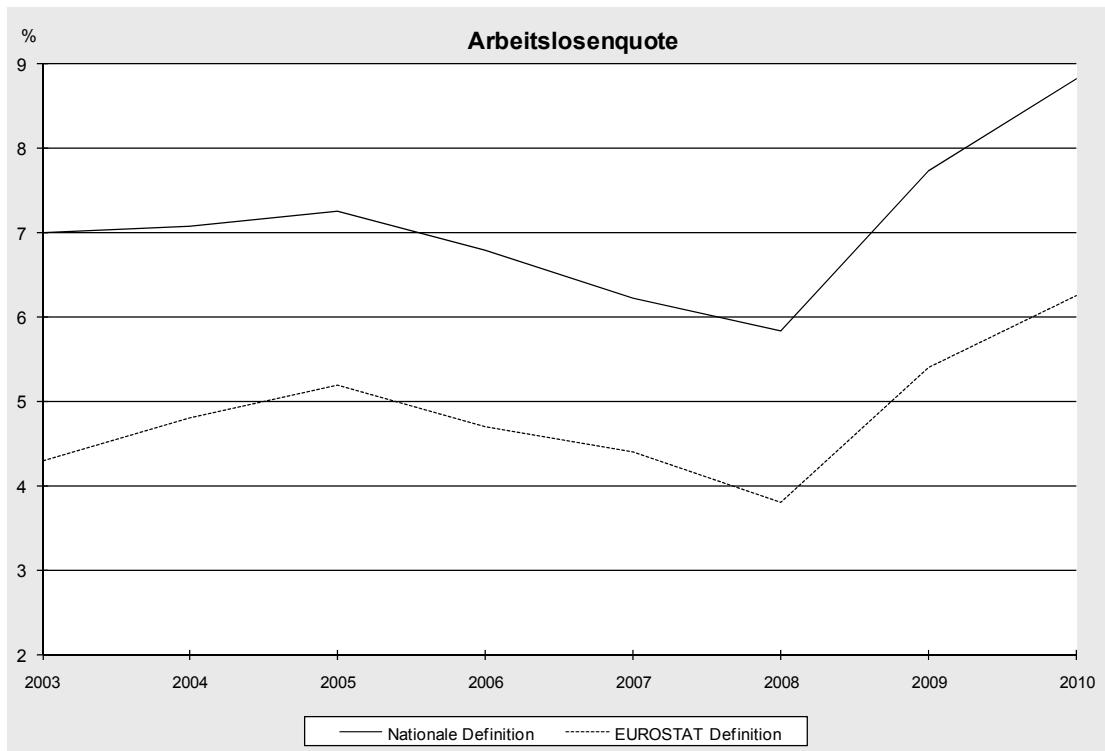
	2008	2009	2010
Bruttoinlandsprodukt, real	1.8	-4.3	0.3
Privater Konsum, real	0.8	-0.2	0.2
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	3.3	-9.4	-2.1
Ausrüstungsinvestitionen, real	2.0	-12.0	-1.0
Bauinvestitionen, real	1.7	-3.0	-1.0
Inlandsnachfrage, real	1.6	-2.3	-0.2
Exporte i.w.S., real	1.7	-11.2	1.9
Waren, real (laut VGR)	0.9	-14.0	2.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	3.2	-2.8	-1.8
Importe i.w.S., real	1.4	-8.7	1.2
Waren, real (laut VGR)	1.8	-9.5	1.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-1.6	-3.5	-1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2.4	-1.5	-1.0
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>*)</sup>	5.8	7.7	8.8
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>*)</sup>	3.8	5.4	6.3
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.7	2.2	0.5
Preisindex des BIP	2.4	1.4	1.0
Verbraucherpreisindex	3.2	0.6	1.6
3-Monats-Euribor <sup>*)</sup>	4.6	1.3	1.2
10-Jahres-BM-Rendite öst.Staatsanleihen <sup>*)</sup>	4.3	4.2	4.5

<sup>\*)</sup> absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2





## 2. Die internationale Konjunktur

### 2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Bereits im vergangenen Jahr bremste die hohe Inflation den Konsum der privaten Haushalte, und die Unternehmen haben unter sich verschärfenden Finanzierungsbedingungen und hohen Rohstoffpreisen gelitten. Die Aktienmärkte verzeichneten Rückschläge, wobei sich die Situation ab September 2008 durch die Insolvenz von *Lehman Brothers* drastisch verschlimmerte. Der Konjunkturinbruch in den großen Industrieländern breitete sich am Jahresende 2008 auf die gesamte Weltwirtschaft aus und führte zu einem sehr tiefen Einschnitt in der Wirtschaftsentwicklung. Die exportorientierten Ökonomien verzeichneten dabei den größten Rückgang, wobei vor allem der Maschinenbau und die Fahrzeugindustrie Verluste erlitten.

Die Abwärtsbewegung dürfte sich inzwischen jedoch deutlich verlangsamt haben. Die Frühindikatoren haben gedreht und zeigen eine Belebung in der globalen Wirtschaftsentwicklung für die kommenden Monate an. Laut ifo-Institut ist der Indikator für das Weltwirtschaftsklima im zweiten Quartal 2009 zum ersten Mal seit Mitte 2007 wieder angestiegen, der *Markit*-Einkaufsmanager-Index signalisiert einen Wendepunkt in der globalen Wirtschaftsentwicklung und der *Baltic Dry Index*, ein Frühindikator für die Exporte, steigt seit Jahresbeginn steil an. Die Entwicklung der Finanzmärkte und der Immobilienbranche deutet auf eine Stabilisierung der Wirtschaftslage hin. Die staatlichen Stimulierungspakete und die expansive Geldpolitik scheinen somit Wirkung zu zeigen. Demnach dürfte die globale Wirtschaft 2010 wieder positive Wachstumsraten aufweisen. Die Dynamik wird generell vom privaten Konsum und öffentlichen Ausgaben gestützt. Aufgrund der 2009 frei gewordenen Kapazitäten erscheint eine Ausweitung des Investitionsvolumens im kommenden Jahr nicht wahrscheinlich. Die Gefahr von Rückschlägen in der konjunkturellen Entwicklung bleibt bestehen, insbesondere wenn Fiskalprogramme zu früh auslaufen, die Zinsen angehoben werden oder die Rohstoffpreise zu rasch ansteigen.

Die globale Wirtschaftsleistung wird im laufenden Jahr spürbar schrumpfen, wobei alle Regionen der Welt einen starken Wachstumseinbruch verzeichnen. Der reale Welthandel wird laut Prognose um 11 ½ % zurückgehen. Nach einem Wachstum um 0.9 % im Jahr 2008 dürfte das BIP in den OECD-Ländern im Jahr 2009 um 3 ¼ % sinken. 2010 dürfte das Wachstum ¾ % betragen. Auch für den Euroraum wird für heuer ein Rückgang der Wirtschaftsleistung erwartet. Nach einem Wachstum um 0.7 % im Jahr 2008 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion 2009 um 4 ½ % schrumpfen. Die konjunkturelle Erholung sollte 2010 ein BIP-Wachstum von ¼ % ermöglichen.

Die Rohstoffpreise ziehen seit Jahresbeginn wieder an. Ausgelöst wurde der Preisanstieg von der höheren Nachfrageeinschätzung für die kommenden Monate. Der Preis für Rohöl (Brent) ist von Dezember 2008 bis Juni 2009 um 70 % auf 68 USD pro Fass geklettert. In der vorliegenden Prognose wird für das laufende Jahr ein durchschnittlicher Ölpreis von 61 USD unterstellt. Im Jahr 2010 dürfte der Rohölpreis im Jahresdurchschnitt 75 USD pro Fass ausmachen. Der Euro-Dollar-Wechselkurs sollte 2009 1.33 USD/EUR betragen.

Die Wirtschaft Lateinamerikas bekommt den weltweiten Konjunkturabschwung zu spüren. Derzeit leidet die Region unter der schwachen internationalen Nachfrage nach Rohstoffen. Hinzu kommt, dass die Währungen an Wert verlieren und Zinssenkungen durch die Inflationsentwicklung erschwert werden. Wie in den industrialisierten Ländern, so ging auch in Lateinamerika die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal zurück, das Ausmaß fiel jedoch gedämpfter aus als in anderen Schwellenländern. Der IWF erwartet für heuer einen Rückgang des BIP um 1.5 %. Im kommenden Jahr dürfte die konjunkturelle Entwicklung des Wirtschaftsraums wieder an Fahrt gewinnen. Laut HSBC könnte sich die Wirtschaft Lateinamerikas wegen des Rohstoffreichtums schneller als die Industrieländer vom konjunkturellen Abschwung erholen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die asiatischen Volkswirtschaften im vierten Quartal 2008 voll erfasst. Der Konjunktureenbruch in der Region verstärkte sich im ersten Quartal 2009. Massive Rückgänge wurden vor allem in der Exportnachfrage verzeichnet. Im laufenden Jahr wird daher das BIP in Asien laut IWF um 1.3 % zurückgehen. China und Indien sind zwar auch vom Rückgang in der Exportnachfrage betroffen, die Konjunktur der beiden Länder wird aber von der Inlandsnachfrage gestützt. Die chinesische Wirtschaft wird 2009 ein positives Wirtschaftswachstum aufweisen. Nach einer Verlangsamung im ersten Quartal dürfte sich die Konjunktur wieder beschleunigen. Bereits im vergangenen Jahr hat die öffentliche Hand als Reaktion auf die konjunkturelle Abschwächung ein massives Stimulationspaket geschnürt, und die chinesische Notenbank hat den Leitzins drastisch gesenkt. Die Kreditvergabe wurde erleichtert, und es wurden öffentliche Mittel für Investitionen bereitgestellt. Die stimulierenden Maßnahmen kommen jetzt zum Tragen. Hohe staatliche Infrastrukturausgaben stützen die Konjunktur in Indien. Seit vergangenen November bildet sich die Inflation zurück, was der indischen Zentralbank erlaubt, den Leitzins zu senken. In Indien stützt sich das Wirtschaftswachstum insgesamt auf die Inlandsnachfrage. Die Tigerstaaten, deren Wirtschaften einen sehr hohen Offenheitsgrad aufweisen, befinden sich hingegen seit dem Schlussquartal des vergangenen Jahres in einer schweren Rezession. Insbesondere die Wirtschaften von Singapur, Hongkong, Taiwan und Malaysia leiden unter dem rückläufigen globalen Handel. Im Jahresverlauf dürften sich die Wirtschaftsbedingungen im asiatischen Raum wieder aufhellen, die Voraussetzung dafür ist jedoch eine Belebung in der Exportnachfrage.

Für heuer erwartet das Institut für die EU-27 einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 4 % und für den Euroraum einen Rückgang um 4 ½ %. Die deutsche und die italienische Wirtschaft werden maßgeblich zu diesen Rückgang beitragen. Für das kommende Jahr wird für den Euroraum ein Zuwachs von ¼ %, bzw. für die EU-27 ½ % prognostiziert. Im laufenden Jahr belastet vor allem der massive Exporteinbruch die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum. Massive Zurückhaltung gibt es auch bei den privaten Investitionen. Fallende Inflationsraten und die schlechten Wirtschaftsaussichten für das laufende Jahr bewogen die Europäische Zentralbank im Mai 2009, den Leitzins auf 1 % zu senken. Dies ist der niedrigste Stand seit der Euro-Einführung im Jahr 1999. Das Institut erwartet jedoch für die kommenden Monate keinen weiteren Zinsschritt. Durch die Stabilisierungsmaßnahmen der öffentlichen Hand und das Wirken der automatischen Stabilisatoren steigen die Budgetdefizite kräftig an.

Im ersten Quartal 2009 ist das BIP im Euroraum mit einem Rückgang um 2.5 % gegenüber dem Vorquartal zum vierten Mal in Folge gesunken. Gegenüber dem Vorjahresquartal ist die Wirtschaft um 4.8 % geschrumpft, womit sich die Rezession im Euroraum deutlich verstärkt hat. Der Export war jener Faktor, der am stärksten zum Einbruch der Konjunktur beigetragen hat, darüber hinaus sind auch die Investitionen deutlich gesunken. Im zweiten Quartal 2009 hat sich der Rückgang der Wirtschaftsleistung voraussichtlich etwas verlangsamt. Es gibt eine zunehmende Anzahl positiver Signale, die auf eine Stabilisierung hindeuten. Der von der EU erstellte Geschäftsklimaindex, der im März auf das niedrigste Niveau seit seiner Einführung gefallen ist, hat sich in den folgenden zwei Monaten wieder verbessert. Auch der ifo-Index für das Wirtschaftsklima im Euroraum ist im zweiten Quartal deutlich gestiegen. Der Anstieg resultiert aus positiven Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Die gegenwärtige Wirtschaftslage wird dagegen ausgesprochen ungünstig beurteilt.

Im April 2009 betrug die Arbeitslosenquote im Euroraum 9.2 %. Die höchste Arbeitslosigkeit verzeichnete Spanien mit 18.1 %. Die niedrigste Quote gab es in den Niederlanden (3 %). Die Inflationsrate im Euroraum, gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), hat im Mai 0 % betragen. Unter dem Durchschnitt des Euroraums lagen die Preissteigerungsraten in Irland und Portugal mit -1.7 % bzw. -1.2 %. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Österreich um 0.1 %. Finnland und Malta verzeichneten mit 1.5 % bzw. 3.4 % die höchsten Inflationsraten.

## 2.2 Länderprognosen

**Deutschland** wird vom Einbruch der Weltkonjunktur besonders hart getroffen. Das deutsche BIP wird heuer voraussichtlich um 6 % schrumpfen. Derzeit sinkt weltweit der Bedarf gerade an jenen Investitionsgütern, auf die sich deutsche Unternehmen spezialisiert haben. Deshalb leidet der in den vergangenen Jahren erfolgsverwöhnte und überwiegend vom Export abhängige Maschinenbau am meisten. Die Exporte werden erstmals seit 1993 wieder fallen und dabei den stärksten Einbruch seit Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 erleiden. Die beschlossenen Konjunkturpakete dürften den Abschwung in einigen Branchen mildern. Die zunehmende Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt – und die damit einhergehenden Belastungen für die verfügbaren Einkommen – dämpfen den privaten Konsum. Die Arbeitslosenquote wird 2009 deutlich ansteigen. 2010 hält das Institut eine Stabilisierung der deutschen Wirtschaftsentwicklung für wahrscheinlich. Demnach könnte die Wirtschaftsleistung um ½ % zunehmen. Die Teuerung wird leicht anziehen.

Das deutsche BIP ist im ersten Quartal 2009 mit 3.8 % gegenüber dem Vorquartal zum vierten Mal in Folge zurückgegangen, zum Vorjahresquartal sank es um 6.9 %. Der Rückgang beruhte in erster Linie auf den starken Einbußen im Außenbeitrag und einer erneuten Einschränkung der Investitionen. Insgesamt mehren sich die Anzeichen für eine langsame Stabilisierung der deutschen Wirtschaft auf niedrigem Niveau. Die rasante Talfahrt bei den Exporten hat sich inzwischen verlangsamt und die Industrie ist im April von einem neuerlichen Auftragsrückgang verschont geblieben. Laut Deutschem Industrie- und Handelskammertag (DIHK) steht die Wirtschaftsentwicklung vor einem Wendepunkt. Die konjunkturell schwierige Phase sei aber längst nicht vorüber, denn die Unternehmen in Deutschland haben nach einer Umfrage des DIHK immer größere Probleme bei der Kreditbeschaffung. Laut



ifo-Geschäftsklimaindex hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft im Juni weiter aufgehellt. Der Anstieg wurde von den besseren Geschäftserwartungen der Unternehmen getragen, die Einschätzung der aktuellen Lage ist indes schlecht geblieben. Im Verarbeitenden Gewerbe wird sich der Rückgang im Exportgeschäft Firmenmeldungen zufolge etwas abschwächen. Die Beschäftigungsplanungen der Unternehmen sind weniger negativ als im Vormonat, bleiben aber auf Personalreduzierung ausgerichtet. Das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe ist nahezu stabil. Für Juni sagten die Marktforscher der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ein stabiles Konsumklima voraus. Die Verbraucher schätzten die Aussichten für die Konjunktur erneut etwas besser ein als im Vormonat, wenn auch auf einem niedrigen Niveau. In Deutschland nimmt der Preisdruck weiter ab. Im Mai sanken die Verbraucherpreise gegenüber April um 0.1 %. Die Erzeugerpreise sanken um durchschnittlich 3.6 % im Vergleich zum Vorjahresmonat, zum Vormonat ist der Index zum ersten Mal seit Oktober nicht mehr gefallen. Die Arbeitslosenquote lag im Mai bei 8.2 %.

Das **italienische BIP** wird 2009 voraussichtlich um 4 ¼ % schrumpfen. In der derzeitigen Wirtschaftskrise verschärft sich das Wettbewerbsproblem in der italienischen Wirtschaft. Die exportorientierten Branchen werden daher 2009 die größten Verluste erleiden. Aufgrund der geringen Kapazitätsauslastung werden auch die Investitionen im laufenden Jahr deutlich zurückgehen. Die Autoindustrie ist am stärksten vom Nachfragerückgang betroffen. Wie in Deutschland, so gibt es auch in Italien Hilfsprogramme der Regierung für diesen Industriezweig. Der Erfolg der Maßnahmen wurde bereits sichtbar, indem der Absatz von Neuwagen in den vergangenen Monaten gestiegen ist. Die Preisentwicklung begünstigt die Konsumnachfrage. Im laufenden Jahr dürfte die Teuerung deutlich unter dem langjährigen Niveau liegen. 2010 wird sich die Konjunktur stabilisieren. Die Binnennachfrage dürfte wieder anziehen, die Probleme in den exportorientierten Branchen bleiben hingegen bestehen.

Im ersten Quartal 2009 ist das italienische BIP zum Vorquartal um 2.6 % bzw. um 6 % zum Vorjahresquartal gesunken. Starke Rückgänge verzeichneten die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte. Im zweiten Quartal hat sich jedoch der Abwärtstrend in der Konjunkturentwicklung verlangsamt. Im April ist die Industrieproduktion nicht mehr so stark wie in den Vormonaten gesunken und die Erwartungen der Unternehmer haben sich verbessert. Laut *Istituto di Studi e Analisi Economica* (Isae) ist der Vertrauensindex der Güterverarbeitenden Industrie zum zweiten Mal in Folge gestiegen, zurückzuführen auf die Verbesserung der Absatzchancen. Im Einzelhandel blieb die Nachfrage trotz des konjunkturellen Abschwungs bislang relativ robust. Die Inflation hat im Mai mit 0.9 % die niedrigste Rate seit 40 Jahren verzeichnet. Die Produktionspreise sanken im April um 4.6 %.

Die **französische Wirtschaft** wird heuer voraussichtlich um 3 ¼ % schrumpfen. Der erwartete Rückgang fällt somit schwächer aus als in den großen Nachbarländern. Die geringere Exportintensität der französischen Wirtschaft und die Ausgabenbereitschaft der Konsumenten erweisen sich in der derzeitigen Wirtschaftskrise als Vorteil. Der Einbruch in der Exportnachfrage wird im Jahresverlauf weniger dramatisch ausfallen, und der private Konsum dürfte nicht zurückgehen. Zur Bekämpfung der Krise hat die Regierung den Banken Mittel zur Verfügung gestellt, um die Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte zu erleichtern. Ein weiteres Konjunkturpaket wurde zur Stimulierung der Baubranche (Infrastrukturbereich), der Fahrzeugindustrie und des Arbeitsmarktes beschlossen. Die derzeitige

Preisentwicklung stärkt die Kaufkraft der privaten Haushalte, ihr wirken jedoch die vom Arbeitsmarkt ausgehenden negativen Effekte entgegen. Im nächsten Jahr wird sich die Nachfrage aus dem Ausland stabilisieren, leichte Impulse werden auch von der Inlandsnachfrage erwartet. Demnach wird das französische BIP 2010 um ½ % zulegen. An der Preisfront dürfte sich der Druck leicht verstärken.

Die französische Wirtschaft ist im ersten Quartal 2009 im Vergleich zum Vorquartal um 1.2 % geschrumpft, gegenüber dem Vorjahr betrug der Rückgang 3.2 %. Exporte und Investitionen haben zum schlechten Ergebnis beigetragen. Im zweiten Quartal dürfte sich der konjunkturelle Abschwung verlangsamt haben. Die Industrieproduktion ist im April zum ersten Mal seit drei Monaten wieder gestiegen. Die Lage in der Güterverarbeitenden Industrie und in der Dienstleistungsbranche verbessert sich zunehmend, weil Zinssenkungen und die Konjunkturpakete der öffentlichen Hand Wirkung zeigen. Bei den Konsumenten ist die derzeitige Stimmung etwas optimistischer als in den vergangenen Monaten. Im Mai sind die Verbraucherpreise um 0.3 % im Vergleich zum Vorjahr gefallen. Die Produktionspreise fielen im April um 6.4 %.

Das **Vereinigte Königreich** wird 2009 einen BIP-Rückgang um 3 ¼ % verzeichnen. Neben dem krisengeschüttelten Dienstleistungssektor schlägt sich – wie in den anderen Ländern der EU – der konjunkturelle Abschwung auch in der Außenwirtschaft nieder. Die starke Abwertung des Pfund gegenüber dem US-Dollar und dem Euro in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres hat zwar die Wettbewerbsfähigkeit verbessert, aufgrund der globalen Rezession kommt dieser Vorteil jedoch nicht zum Tragen. Verglichen mit den anderen Nachfragekomponenten dürfte der Konsum die beste Dynamik aufweisen. Im Jahresverlauf verschlechtern sich die Bedingungen am Arbeitsmarkt. Durch die schwache Nachfrage und die Rohstoffpreisentwicklung sinkt die Inflation. Die *Bank of England* hat daher den Leitzinssatz auf 0.5 % belassen. 2010 könnte die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs wieder wachsen. Die Korrektur am Immobilienmarkt dürfte dann abgeschlossen sein, und die Außenwirtschaft wird sich beleben.

Im ersten Quartal 2009 ist die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs im Vergleich zum Vorquartal um 1.9 % bzw. um 4.1 % zum Vorjahresquartal geschrumpft. Wie im vierten Quartal 2008, hat die Exportentwicklung diesen starken Rückgang in der Wirtschaftsleistung herbeigeführt. Die britische Wirtschaft dürfte die Talsohle im zweiten Quartal bereits durchschritten haben. Der Dienstleistungssektor führt die Erholung an. Der *CIPS/Markit-Purchasing-Managers'-Index* hat im Mai die 50-Punkte-Marke durchbrochen. Laut einer Umfrage der *Confederation of British Industry* ist die Nachfrage nach Waren "Made in UK" im Mai zwar noch immer schwach, der vorherrschende Pessimismus der Unternehmer hat sich aber verringert. *The Royal Institution of Chartered Surveyors* ortet eine Stabilisierung im Immobiliensektor. Die Verbraucherpreise sind im Mai um 2.2 % gestiegen. Die Immobilienpreise verzeichneten den stärksten Anstieg seit 2006. Die Produktionspreise sanken hingegen um 9.4 %

Die **Wirtschaft der Schweiz** steckt seit Sommer 2008 in einer Rezession. Im laufenden Jahr wird sich der konjunkturelle Abschwung beschleunigen. Das BIP wird 2009 voraussichtlich um 2 ½ % schrumpfen. Den größten Einbruch wird es heuer bei den Ausrüstungsinvestitionen und den Exporten geben. Auch vom privaten Konsum sind nur geringe Impulse zu erwarten. Trotz der schlechten Aussichten

lehnt der Wirtschaftsverband *Economiesuisse* weitere fiskalpolitische Maßnahmen gegen die Rezession ab. Die Wirtschaft operiert heuer unter ihrem Potenzial, was zu freien Kapazitäten und Gewinneinbrüchen führt. Der Beschäftigungsabbau dürfte sich in Grenzen halten, weil viele Firmen die Möglichkeiten der Kurzarbeit ausschöpfen. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) erwartet, dass heuer die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um 0.5 % sinken werden. Sie belässt daher den Leitzins erwartungsgemäß unverändert auf dem im vergangenen März erreichten Tiefstand von 0 % – 0.75 %. Im nächsten Jahr wird die Wirtschaft der Schweiz um ½ % wachsen. Die Bauindustrie könnte sich wieder beleben, und auch der Außenbeitrag dürfte wieder ein besseres Ergebnis aufweisen. Die Verbraucherpreise dürften stabil bleiben.

Das BIP der Schweiz ist im ersten Quartal 2009 im Vergleich zum Vorquartal um 0.8 % gefallen. Im Vorjahresvergleich fiel es um 1.6 %. Einen starken Einbruch verzeichneten die Exporte. Einen Rückgang gab es auch bei den Investitionen, die Ausrüstungsinvestitionen sind dabei am stärksten gefallen. Im zweiten Quartal haben sich die rezessiven Tendenzen in der Schweizer Wirtschaft fortgesetzt. Im Unterschied zum internationalen Trend hat sich der Rückgang der Autoverkäufe im Mai in der Schweiz weiter beschleunigt. Der diesjährige Ostermonat April hat hingegen dem Einzelhandel deutlich mehr Umsatz gebracht. Inzwischen werden aber auch die Konsumenten von der Krisenstimmung erfasst. Nach einer Erholung im März zeigt der UBS-Konsumindikator im April schon wieder nach unten. Zwar verheißt er noch ein leichtes Wachstum, doch die Aussichten trüben sich zunehmend ein. Die Arbeitslosenquote ist im Mai überraschend auf 3.4 % gesunken. Dank fallender Treibstoff- und Heizölpreise sind die Verbraucherpreise um 1 % gefallen. Die Produktionspreise gingen um 3 % zurück.

Die Wirtschaft der **USA** wird 2009 um 2 ¼ % schrumpfen. Die Nachfrage der privaten Haushalte, die 71 % der Wirtschaftsleistung entspricht, dürfte heuer zum ersten Mal seit 1974 fallen. Den stärksten Einbruch wird es jedoch bei den Ausrüstungsinvestitionen geben. Die Arbeitslosenquote dürfte heuer mehr als 10 % betragen. Einen stimulierenden Faktor für die US-Konjunktur bildet die Lockerung der Geldpolitik. Angesichts der schweren Wirtschaftskrise belässt die amerikanische Notenbank den Leitzins vorerst auf seinem historischen Tiefstand von 0 % – 0.25 %. Die umfangreichen Konjunkturpakete der Regierung werden das Budgetdefizit heuer deutlich nach oben treiben. Zu den genannten stimulierenden Faktoren kommt noch hinzu, dass heuer die Lebenshaltungskosten der US-Bürger stabil bleiben. Im nächsten Jahr wird die Konjunktur wieder etwas anziehen. Das Institut erwartet ein BIP-Wachstum von 1 ½ %. Die Erholung des Konsums wird aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und Verschuldung der Haushalte moderat bleiben. Der Immobilienmarkt könnte sich stabilisieren, ein Aufschwung ist aber noch nicht in Sicht. Aufgrund von freien Kapazitäten dürften auch die Ausrüstungsinvestitionen nicht anziehen. Die Exporte werden wieder etwas in Gang kommen und somit zum Wirtschaftswachstum beitragen.

Im ersten Quartal 2009 sank das BIP in den USA zum Vorquartal um 1.5 % bzw. um 2.5 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Mit Ausnahme des öffentlichen Konsums sind alle Komponenten des BIP gesunken. Die schwache Nachfrage nach Rohöl und anderen Gütern aus dem Ausland hat zu einer Verbesserung der Leistungsbilanz geführt. Im zweiten Quartal 2009 setzte eine Stabilisierung der

konjunkturellen Entwicklung ein. Im April und Mai hat sich der Rückgang der Industrieproduktion und der Beschäftigung verlangsamt. Die Aussichten für die kommenden Monate haben sich verbessert. Der *Conference Board Leading Economic Indicator* ist zum zweiten Mal in Folge gestiegen. Einzelhandel, Zinsentwicklung, realer Geldumlauf, Aktienpreise, Verbrauchererwartungen und Baugenehmigungen trugen positiv zur Entwicklung des Index bei. Laut *Institute for Supply Management* (ISM) ist der Teilindex für die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im Mai auf 51.1 Punkte gestiegen. Der Index liegt somit zum ersten Mal seit November 2007 über der 50-Punkte-Marke, die eine Expansion des Sektors anzeigt. Im Dienstleistungssektor lässt der Aufschwung noch auf sich warten. Der Teilindex für die Neuaufträge ist auf 44.4 Punkte gefallen, nach 47 Punkten im April. Im Einzelhandel ist derzeit eine leichte Belebung feststellbar. Das Vertrauen der US-Verbraucher in die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes ist im Juni so hoch wie seit neun Monaten nicht mehr. Die Lage am Immobilienmarkt hat sich etwas aufgehellt, die Unsicherheiten bezüglich Arbeitsmarkt, konjunktureller Entwicklung und Kreditzinsen verzögern den Aufschwung in diesem Sektor aber. Im Mai betrug die Arbeitslosenquote 9.8 %. Die Verbraucherpreise sind um 1.3 % gesunken. Die Produktionspreise sanken um 5 %.

In **Japan** verschärft sich 2009 der konjunkturelle Abschwung. Das Institut erwartet einen BIP-Rückgang um 6 ¼ %. Der weltweite Konjunkturerinbruch und die Aufwertung des Yen lassen die Nachfrage nach japanischen Exportgütern drastisch sinken. Damit sehen sich die Unternehmen veranlasst, ihre Produktion und Investitionen zu drosseln und Arbeitsplätze abzubauen. Somit wird die Industrieproduktion kräftig fallen. Auch der Konsum der privaten Haushalte wird im Jahresverlauf deutlich zurückgehen. Die japanische Zentralbank hat ihren Leitzins zuletzt unverändert bei 0.1 % belassen. Im nächsten Jahr könnte die japanische Wirtschaft wieder ein positives BIP-Wachstum erreichen. Mit der auflebenden Nachfrage der wichtigsten Handelspartner dürfte die japanische Außenwirtschaft wieder an Dynamik dazugewinnen. Die Impulse werden auf die Inlandsnachfrage übergreifen. Die Zinspolitik und Konjunkturpakete werden den Wirtschaftsaufschwung in Japan stützen. Preisdruck wird dabei noch keiner entstehen.

Das japanische BIP ist im vierten Quartal 2008 zum Vorquartal um 3.8 % bzw. gegenüber dem Vorjahresquartal um 8.4 % gesunken. Die größten Probleme wies die Außenwirtschaft auf. Die Exporte sind zum Vorquartal um 26 % bzw. um 36.8 % zum Vorjahresquartal eingebrochen. Im zweiten Quartal 2009 hat sich der Rückgang der Wirtschaftsleistung deutlich verlangsamt. Bereits im April verstärkte sich die positive Dynamik in der Exportentwicklung, gleichzeitig legte auch die Produktion in der Güterverarbeitenden Industrie zu. Im zweiten Quartal ist das Vertrauen der Unternehmer zum ersten Mal seit drei Quartalen gestiegen und die Nachfrage nach Dienstleistungen hat sich verstärkt. Im Mai erreichte das Vertrauen der japanischen Haushalte ein 14-Monats-Hoch. Im April betrug die Arbeitslosenquote 5.2 %. Die Verbraucherpreise sind um 0.1 % gesunken. Die Produktionspreise fielen im Mai um 5.4 %.

Nach einer besonders dynamischen Entwicklung im ersten Halbjahr 2008 verlor das Wachstum der Wirtschaften der **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer** sowie der **Beitrittskandidaten** im zweiten Halbjahr kontinuierlich an Fahrt. Dieser Trend setzte sich im ersten Quartal des heurigen

Jahres fort. Für 2009 ist nunmehr mit einer BIP-Rückgang in den neuen EU-Mitgliedstaaten um 2 ¼ %, für 2010 mit einer leichten Erholung zu rechnen. Für diese schwächere Wirtschaftsentwicklung ist, neben einer geringeren Nachfrage aus dem Euroraum, der Rückgang des Konsums und der Investitionen verantwortlich. Aufgrund der starken Spezialisierung der neuen EU-Mitgliedsländer auf zyklische Sektoren wie die Automobil-, Chemie- und Elektroindustrie sind deren Exporte von der wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum besonders abhängig.

Das starke Wachstum des Konsums und der Investitionen wurde in den letzten Jahren durch einen rapiden Anstieg der Kredite an private Haushalte und Unternehmen sowie durch ausländische Direktinvestitionen und Überweisungen der Gastarbeiter aus den EU-Ländern in ihre Herkunftsländer begünstigt. Die durch die Kredit- und Liquiditätskrise ausgelöste Risikoneubewertung hat zu einer Erhöhung der externen Finanzierungskosten und zu restriktiveren Finanzierungsbedingungen geführt und damit das Kreditwachstum gedämpft. Dadurch wurden große Bauprojekte in den neuen Mitgliedsländern gestoppt und Unternehmensinvestitionen in die Zukunft verschoben. Da die Produktion zurückgefahren wird, ist mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Wegen zunehmender Arbeitslosigkeit in Westeuropa kehren viele Gastarbeiter in ihre Heimatländer zurück.

Die Länder mit einem hohen Haushalts- und Leistungsbilanzdefizit sind besonders stark vom Zufluss ausländischer Gelder abhängig. Die Finanzierung der hohen Leistungsbilanzdefizite (über 10 % des BIP in Bulgarien, Rumänien und Kroatien) ist mit erhöhten Risiken verbunden. Allerdings sind die Leistungsbilanzdefizite im ersten Halbjahr 2009 wegen der niedrigeren Importe deutlich zurückgegangen.

Im Durchschnitt des Jahres 2008 erreichte das Wirtschaftswachstum **Ungarns** 0.5 %. Im ersten Quartal 2009 ging das BIP um 5.4 % zurück. Die Inlandsnachfrage sank stark. Der private Konsum nahm deutlich ab und die Anlageinvestitionen waren ebenfalls rückläufig. Die Exporte verloren weiter an Dynamik und gingen um 18 % zurück, sie sanken damit allerdings langsamer als die Importe (22 %). Die durchschnittliche Arbeitslosenquote stieg im Zeitraum Februar bis April auf 9.9 %, um 2.2 Prozentpunkte mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Verbraucherpreise nahmen langsamer zu, die Inflation betrug im Mai 3.8 %, nach 7 % ein Jahr zuvor.

Von den osteuropäischen Mitgliedsländern der EU ist Ungarn besonders stark von der Finanzkrise in Mitleidenschaft gezogen worden. Allerdings stützt das vom IWF, der EU und der Weltbank im Herbst 2008 vereinbarte Hilfspaket in Höhe von 20 Mrd. Euro die Zahlungsbilanz und verschafft der Politik zusätzlichen Spielraum bei der Stabilisierung der Währung. Ungarn hat sich verpflichtet, die Hilfsmaßnahmen durch ein Programm zur Stärkung der makroökonomischen Stabilität, des Bankensystems und des Marktes für Staatsanleihen zu unterstützen. Für den Jahresdurchschnitt 2009 wird mit einem Schrumpfen der ungarischen Wirtschaft um 5 ½ % gerechnet. Für 2010 ist ein Rückgang um 1 % zu erwarten.

Nach einem Wachstum von 4.8 % im Jahresdurchschnitt 2008 blieb das Wirtschaftswachstum in **Polen** im ersten Quartal 2009 mit 1.9 % positiv. Während der Anstieg des privaten und des öffentlichen Konsums mit jeweils 5.3 % im ersten Quartal weiter kräftig blieb, gingen die Anlageinvestitionen

um 19 % zurück. Die Exporte und die Importe sanken jeweils um rund 10 %. Die Inflationsrate nahm nur geringfügig zu und erreichte im Mai 3.6 %. Die Arbeitslosenquote stieg seit Anfang des Jahres kontinuierlich und belief sich im April auf 11 %. Heuer dürfte das BIP um ½ % abnehmen, im Jahr 2010 wird es voraussichtlich um 1 ½ % steigen. Die im Jänner eingeführte Senkung der Einkommenssteuer, die Erhöhung der Pensionen sowie die erwarteten Reallohnsteigerungen dürften den privaten Konsum stützen. Um gegen mögliche Abwertungen des Zloty im Zuge von Währungsspekulationen vorgehen zu können, hat die polnische Regierung mit dem IWF eine „flexible Kreditlinie“ (*Flexible Credit Line*, FCL) mit einem Volumen von 20.5 Mrd. Dollar vereinbart, wonach Polen Kredite für drei Monate ohne jede Auflage in Anspruch nehmen kann.

In **Tschechien** schrumpfte die Wirtschaft im ersten Quartal um 3.4 %, nach einem Wachstum von 2.8 % im Jahresdurchschnitt 2008. Die negative Entwicklung im ersten Quartal ist hauptsächlich auf die Auslandsnachfrage zurückzuführen, der Beitrag des privaten Konsums blieb hingegen positiv. Die Anlageinvestitionen nahmen um 3.6 % ab. Die Exporte, die der Wachstumsmotor in den ersten drei Quartalen 2008 waren, entwickelten sich im ersten Quartal 2009, ähnlich wie die Importe, stark rückläufig. Die Beschäftigungsquote ging im ersten Quartal im Vorjahresvergleich um 0.5 Prozentpunkte zurück, im Zuge dessen erhöhte sich die Arbeitslosenquote auf 5.8 %. Die Inflationsrate fiel im Mai auf 1.3 % und befand sich auf dem niedrigsten Niveau seit Anfang 2007. In den Jahren 2009 und 2010 dürfte die tschechische Wirtschaft um 3 % schrumpfen bzw. um ½ % wachsen. Der Export in den Euroraum leidet unter der dortigen Konjunkturschwäche. Daraus resultiert eine hohe Belastung für die tschechische Wirtschaft.

Die Wirtschaft der **Slowakei** schrumpfte im ersten Quartal um 5.4 %, im Jahresdurchschnitt 2008 belief sich das Wirtschaftswachstum auf 6.4 %. Während die Exporte und die Importe jeweils um rund 25 % zurückgingen, schrumpfte die Nachfrage aus dem Inland nur moderat. Der private Konsum nahm um 1.2 % ab, der öffentliche Konsum erhöhte sich infolge des Konjunkturpakets der Regierung. Die Anlageinvestitionen verzeichneten einen Rückgang um 4 %. Die Beschäftigung nahm leicht ab und die Arbeitslosenquote belief sich im ersten Quartal auf 10.5 %. Der Anstieg der Verbraucherpreise verlangsamte sich und erreichte im Mai 2.2 %. Um die Wirtschaft anzukurbeln, implementiert die slowakische Regierung im Jahr 2009 eine expansive Fiskalpolitik, die hauptsächlich durch die EU-Strukturfonds finanziert wird. Für die Jahre 2009 und 2010 wird ein BIP-Rückgang von 3 ½ % bzw. ein Wachstum von 1 % erwartet.

Das **slowenische** BIP verzeichnete im ersten Quartal einen Rückgang um 8.5 %. Im Jahresdurchschnitt 2008 wuchs es um 3.5 %. Das negative Ergebnis im ersten Quartal ist hauptsächlich auf die Auslandsnachfrage und die Anlageinvestitionen zurückzuführen. Die Exporte und die Importe entwickelten sich rückläufig. Die Anlageinvestitionen nahmen um 24 % ab. Das Wachstum des Konsums ließ nach und erreichte nur mehr 1 %. Die Dämpfung der Konjunktur zeigte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung nahm ab und die Arbeitslosigkeit erreichte im April 8.8 %. Die Inflation ist im Mai auf 3.5 % gesunken. Um die Wirtschaft zu stützen, implementiert die slowenische Regierung derzeit ein Krisen-Hilfspaket im Umfang von 1 Mrd. Euro. Für 2009 wird im Einklang mit der inter-

nationalen Konjunktorentwicklung mit einem BIP-Rückgang um 5 %, für 2010 mit einem Wachstum um ½ % gerechnet.

Im Durchschnitt des Jahres 2008 betrug das Wachstum der **rumänischen Wirtschaft** 7.1 %, im ersten Quartal 2009 schrumpfte das BIP um 4.6 %. Diese negative Entwicklung ist auf die Dämpfung der Konjunktur im Euroraum und die verschärften Finanzierungsbedingungen zurückzuführen. Der private Konsum ging um 0.5 %, die Anlageinvestitionen um 7 % zurück. Während die Exporte im ersten Quartal um 8 % abnahmen, sind die Importe um 14 % zurückgegangen, was zu einer signifikanten Verringerung des Leistungsbilanzdefizits führte. Die Inflationsrate schwächte sich ab und betrug im April 6.5 %. Die Arbeitslosenquote stieg im April infolge des Personalabbaus auf 5.7 %. Um die Wirtschaft zu stützen und die Währungsreserven der Zentralbank zu stärken, bekommt Rumänien von der EU, der Weltbank, der EBRD und dem IWF einen Kredit in Höhe von ca. 20 Mrd. Euro. Das BIP dürfte 2009 um 4 % schrumpfen und 2010 um ½ % zulegen.

Im Jahresdurchschnitt 2008 erreichte das BIP-Wachstum in **Bulgarien** 6 %. Im ersten Quartal 2009 ging das BIP um 3.5 % zurück. Infolge der Finanzkrise, die den Druck auf die Kosten und die Verfügbarkeit von externen Finanzierungen erhöhte, hat die Dynamik des privaten Konsums im ersten Quartal spürbar nachgelassen. Die Anlageinvestitionen gingen um 16 % zurück. Die Exporte und die Importe entwickelten sich mit -18 % bzw. -22 % auch stark rückläufig. Wegen des Rückgangs der Inlandsnachfrage ist mit einer Verringerung des hohen Leistungsbilanzdefizits im Jahr 2009 zu rechnen. Die Inflationsrate hat im Mai mit 3.9 % stark abgenommen, die Arbeitslosenquote belief sich auf 6.4 %. Aufgrund der hohen Budgetüberschüsse der letzten Jahre befindet sich die bulgarische Regierung in einer guten Ausgangsposition, um dem Wirtschaftsabschwung gegenzusteuern. Dafür wurde ein Konjunkturpaket in Höhe von 2.8 Mrd. Euro bereitgestellt. Im Jahr 2009 ist mit einem Rückgang der bulgarischen Wirtschaft um 3 % zu rechnen, 2010 dürfte das Wirtschaftswachstum ½ % betragen.

In **Kroatien** verlangsamte sich die Wirtschaftsdynamik im ersten Quartal weiter. Im Durchschnitt des Jahres 2008 erreichte das BIP-Wachstum voraussichtlich 2.4 %. Die Konjunkturdynamik blieb im ersten Quartal 2009 als Resultat der stagnierenden Kreditvergabe und der verschlechterten internationalen Rahmenbedingungen schwach. Wegen schrumpfender Importe ist heuer mit einer Verringerung des hohen Leistungsbilanzdefizits zu rechnen. Der Inflationsdruck hat in den letzten Monaten nachgelassen, die Inflationsrate betrug im Mai 2.7 %. In den Jahren 2009 und 2010 wird das BIP-Wachstum aufgrund der restriktiveren Geldpolitik und des langsameren Kreditwachstums voraussichtlich -4 % bzw. ½ % betragen.

Im Durchschnitt des Jahres 2008 wuchs die **russische Wirtschaft** um 5.6 %, im ersten Quartal 2009 schrumpfte sie um 9.5 %. Diese negative Entwicklung ist auf die Kontraktion der internationalen Nachfrage nach Rohstoffen, die einen großen Anteil an den russischen Exporten ausmachen, zurückzuführen. In den letzten Monaten sind die Anlageinvestitionen und der private Konsum, infolge des Rückgangs der realen Löhne, stark zurückgegangen. Die Inflation verlangsamte sich im Mai auf 12.3 %. Die Arbeitslosenquote stieg im April auf 10.2 %. Um die Wirtschaft zu stützen, hat die Regierung bisher bereits einen großen Teil der Fremdwährungs- und Finanzreserven verwendet und ein

massives Anti-Krisen-Paket verabschiedet. Russland wird 2009 zum ersten Mal seit 1999 ein Budgetdefizit, in Höhe von 7 % des BIP, verzeichnen. Die Regierungspläne sehen eine Reduzierung des Budgetdefizits auf 5 % des BIP im Jahr 2010 und 3 % im Jahr 2011 vor. 2009 dürfte die russische Wirtschaft um 6 % schrumpfen, 2010 um 1 % zunehmen.



## Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2006	2007	2008	2009	2010
Welthandel	9.5	6.9	2.0	-11 ½	3 ½
BIP, real					
Deutschland	3.0	2.5	1.3	-6	½
Italien	2.0	1.6	-1.0	-4 ¾	0
Frankreich	2.2	2.3	0.4	-3 ¼	½
Vereinigtes Königreich	2.8	3.0	0.7	-3 ¼	½
Schweiz	3.4	3.3	1.6	-2 ½	½
USA	2.8	2.0	1.1	-2 ¾	1 ½
Japan	2.0	2.3	-0.7	-6 ¼	½
China	11.6	13.0	9.0	6 ½	8
Polen	6.2	6.6	4.8	-½	1 ½
Slowakei	8.5	10.4	6.4	-3 ½	1
Tschechien	6.8	6.0	2.8	-3	½
Ungarn	4.0	1.2	0.5	-5 ½	-1
Slowenien	5.9	6.8	3.5	-5	½
Bulgarien	6.3	6.2	6.0	-3	½
Rumänien	7.9	6.2	7.1	-4	½
Kroatien	4.7	5.5	2.4	-4	½
Russland	6.7	8.1	5.6	-6	1
Euroraum	2.9	2.7	0.7	-4 ½	¼
NMS-12	6.5	6.2	3.9	-2 ¼	½
EU-27	3.1	2.9	0.9	-4	½
OECD	3.1	2.6	0.9	-3 ¾	¾
Österreichische Exportmärkte	11.1	7.7	2.5	-12 ½	2 ¼
USD/EUR Wechselkurs *)	1.26	1.37	1.47	1.33	1.30
Rohölpreise **)**)	64.3	71.1	97.5	61	75

Quelle: Eurostat, IMF, OECD, Nationale Statistische Ämter, eigene Berechnungen.

\*) absolute Werte

\*\*) USD/barrel

### 3. Die österreichische Außenwirtschaft

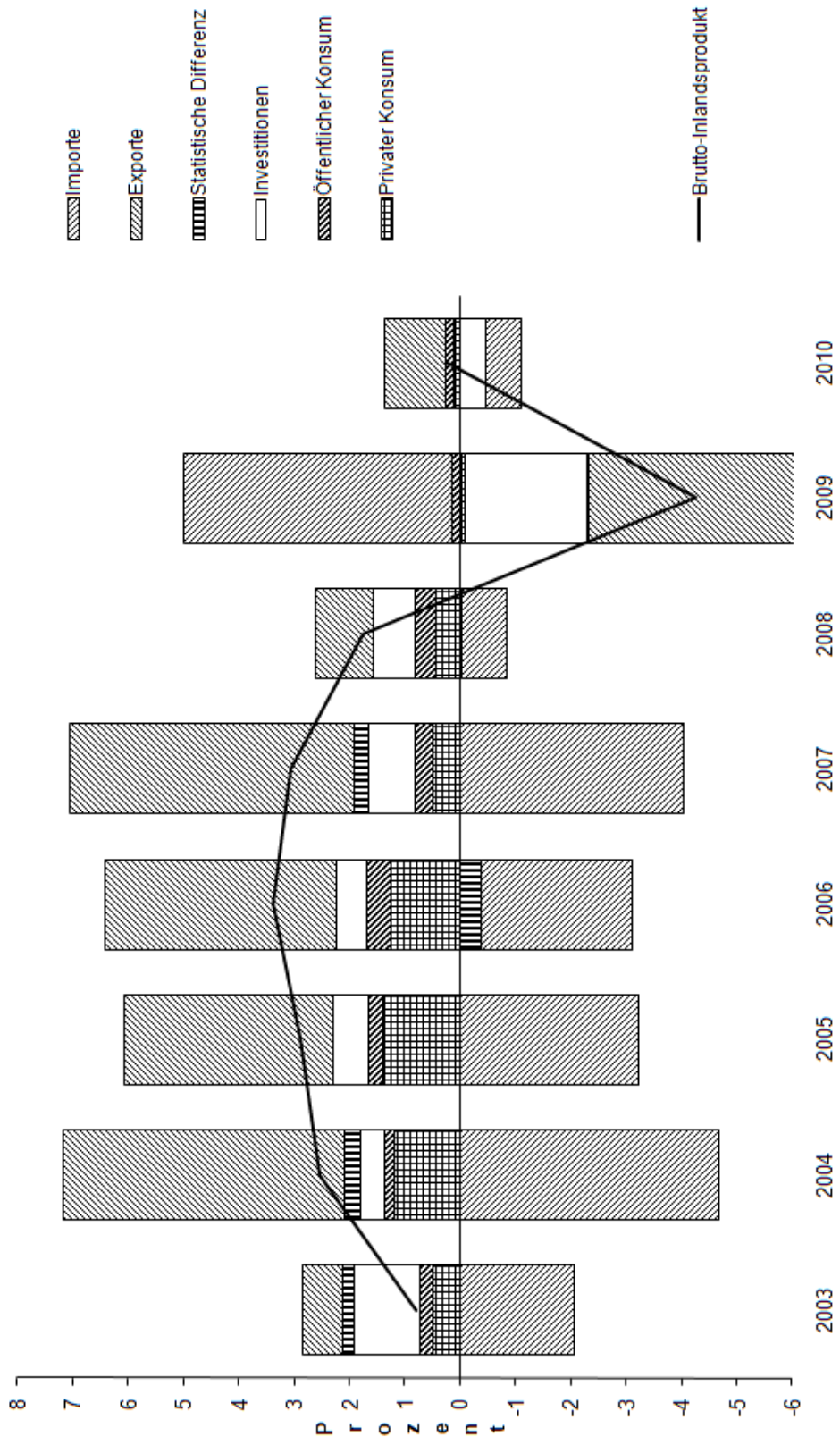
Angesichts der sehr engen globalen Verflechtungen bleibt die österreichische Exportwirtschaft von der weltweit rückläufigen Nachfrageentwicklung nicht verschont. Die osteuropäischen Nachbarländer, die 2008 die Stütze für die österreichische Exportwirtschaft bildeten, und Asien befinden sich nun im konjunkturellen Abwärtssog. Die Spezialisierung der österreichischen Produzenten auf die konjunktur-reagiblen Sektoren Bearbeitete Waren, Maschinen und Fahrzeuge erweist sich derzeit als Nachteil. Durch die schwache Nachfrage wird die Teuerung 2009 bei den Exporten und Importen deutlich nachlassen. 2010 dürfte die Nachfrage aus dem Ausland wieder etwas an Dynamik gewinnen, was gleichzeitig ein Anziehen der Außenhandelspreise mit sich bringen wird. Die Handelsbilanz dürfte 2009 und 2010 ein leichtes Defizit aufweisen.

2009 werden die nominellen Warenexporte voraussichtlich um 14.6 % zurückgehen. Im ersten Quartal hat sich die Lage der österreichischen Exportwirtschaft deutlich verschärft, und auch im Jahresverlauf ist kein markanter Aufschwung in Sicht. Die Exporte in den Euroraum könnten daher im laufenden Jahr um 12 % fallen. Den stärksten Einbruch werden voraussichtlich die Warenexporte nach Deutschland und Italien verzeichnen. Der Rückgang der Exporte in die Länder außerhalb der Währungsunion um 18 % ist auf die Nachfrageschwäche der wichtigsten österreichischen Handelspartner in Mittel- und Osteuropa zurückzuführen. Betrachtet man die Warenexporte nach Produktgruppen, so werden die Exporte von bearbeiteten Waren, Maschinen und Fahrzeugen den größten Rückgang verzeichnen. Weniger von der konjunkturellen Abschwächung dürfte der Export von Lebensmitteln betroffen sein. Mit der Stabilisierung der Weltkonjunktur wird sich auch die Lage der österreichischen Exportwirtschaft wieder etwas verbessern. Das Institut erwartet für 2010 bei den nominellen Warenexporten einen Zuwachs um 2.8 %. Die Warenimporte werden im Jahresdurchschnitt 2009 um 11.1 % sinken. Nächstes Jahr werden sie um 2.3 % zunehmen.

Nach einem ausgezeichneten Ergebnis im Vorjahr wird die Rezession in den Nachbarländern die österreichische Tourismusindustrie spürbar belasten. Die österreichischen Reiseverkehrsexporte werden 2009 voraussichtlich nominell um 1.8 % sinken. Die Reiseverkehrsimporte werden um 2.5 % fallen. Für 2010 wird eine Stagnation der Reiseverkehrsexporte (-0.3 %) erwartet, die Importe werden um 0.5 % zulegen.

Der Rückgang der realen Exporte i. w. S. laut VGR wird 2009 11.2 % ausmachen. Der Rückgang der realen Warenexporte wird sich auf 14 % belaufen. 2010 werden die Exporte i. w. S. laut VGR um 1.9 %, die Warenexporte um 2.5 % steigen. Für die realen Importe i. w. S. laut VGR wird für 2009 ein Rückgang um 8.7 % erwartet. Im kommenden Jahr werden sie voraussichtlich um 1.2 % zunehmen. Die realen Warenimporte werden 2009 voraussichtlich um 9.5 % sinken. 2010 ist mit einem leichten Anstieg um 1.5 % zu rechnen.

Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten

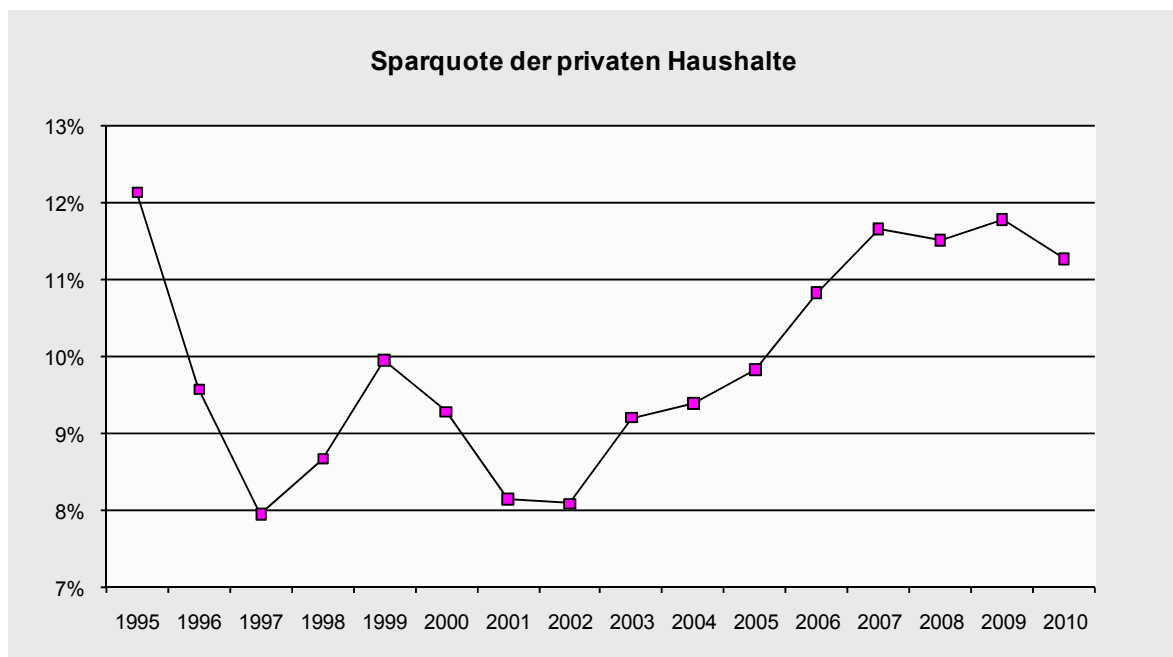




## 4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Die sich seit der letzten Prognose verschärfenden Konturen eines rezessiven wirtschaftlichen Gesamtbildes schlagen sich auch in einer niedrigeren Einschätzung der Einkommensentwicklung nieder. Heuer wird das reale verfügbare Haushaltseinkommen nur um 0.1 % wachsen und damit fast stagnieren, im nächsten Jahr wird es sogar zu einem realen Rückgang um 0.4 % kommen. Dadurch verengt sich der Spielraum für Anschaffungen seitens der österreichischen Haushalte. Zwar erwächst durch die Steuerreform ein zusätzlicher Einkommensimpuls, dieser gleicht aber gerade die Einbrüche bei den Gewinneinkommen aus und wird zudem erfahrungsgemäß erst mit Verzögerung wahrgenommen und umgesetzt. Vorläufige Werte und vorlaufende Indikatoren aus dem ersten Quartal bestätigen diesen Eindruck. Der österreichische Einzelhandel wurde zwar noch im April von Statistik Austria ausdrücklich als krisenfest gesehen, indes verzeichneten die Monatsdaten der Einzelhandelsumsätze doch einige negative reale Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr. Lediglich die Kfz-Neuzulassungen widerspiegeln die so genannte Ökoprämie und entwickeln sich derzeit lebendig.

Der **private Konsum** stagniert faktisch in beiden Prognosejahren: im laufenden Jahr weist er einen realen Rückgang um 0.2 % auf, im kommenden Jahr sollte er wieder um 0.2 % wachsen. Dabei schöpfen die Haushalte ihren Ausgabenspielraum heuer nicht ganz aus. Sie sind auf Grund von Arbeitsplatzängsten oder auch durch bereits auftretende steigende Arbeitslosigkeit zu höherer Spartätigkeit motiviert, können diese aber über ihre schon in den letzten Jahren angehobene Sparquote hinaus kaum mehr intensivieren. Der Nachhalleffekt der Steuerreform wird 2010 zu einem Rückgang der Haushaltssparquote führen, und der private Konsum wird die Erholung der Konjunktur wieder etwas stützen.

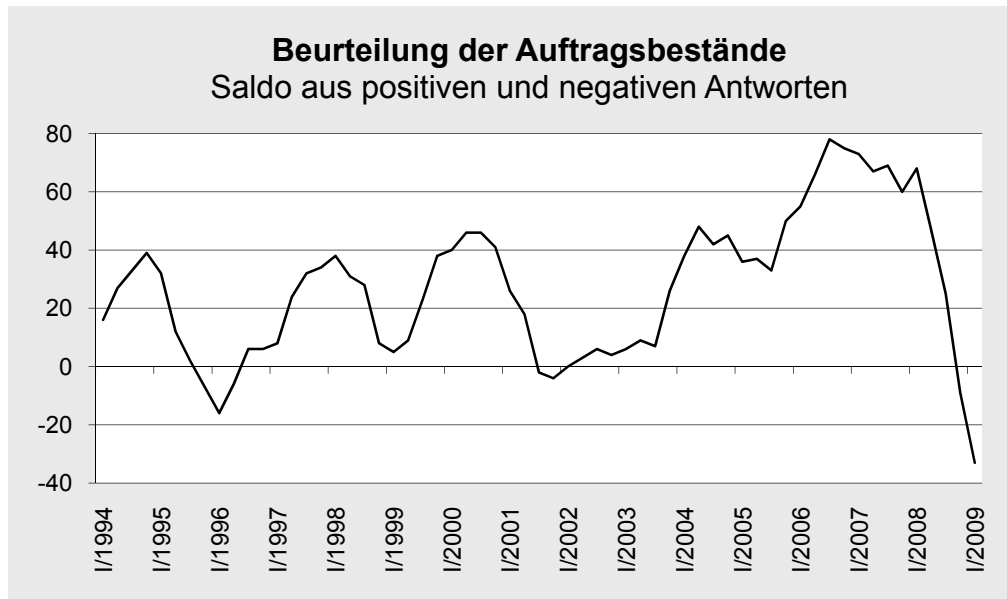


Österreich weist eine der höchsten Sparquoten Europas auf. Die Grafik der **Haushaltssparquote** zeigt deren kontinuierlichen Anstieg in den Jahren 2002 bis 2007 von einem Ausgangsniveau von rund 8 % auf knapp unter 12 %. Damit scheint ein Plafond erreicht zu sein, und 2008 ist die Sparquote wieder leicht gesunken. In den beiden Prognosejahren überwiegen Sondereffekte. Steuerreformen verursachen meist ein kurzes Steigen der Spartätigkeit und daraufhin ein Fallen, wenn die Einkommenszuwächse wahrgenommen werden.

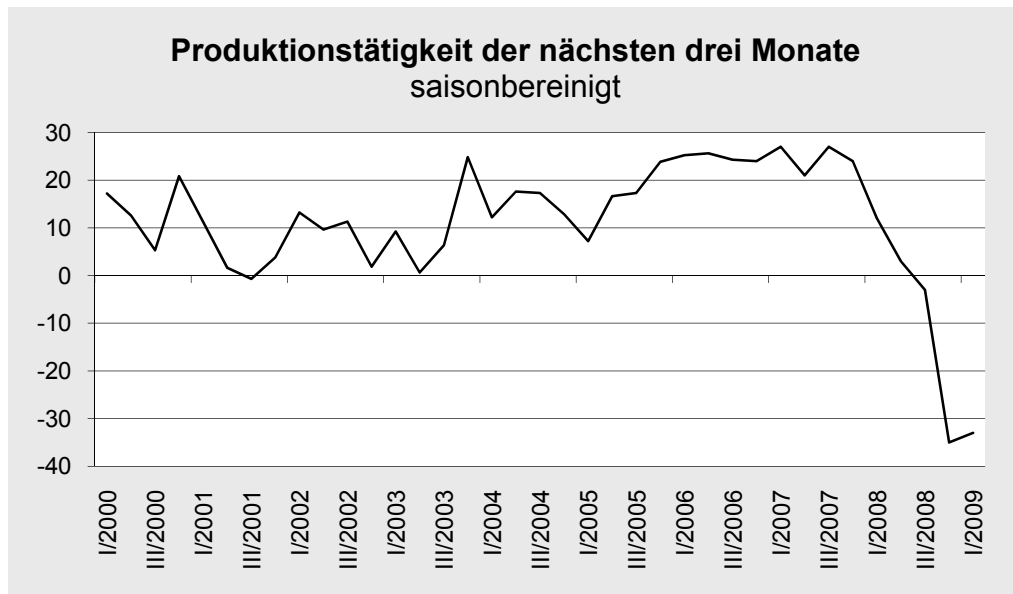
Für das verhältnismäßig kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** ist im Prognosezeitraum zunächst von einem realen Rückgang um 0.3 % auszugehen, der die bereits leicht negative Dynamik des Vorjahres fortsetzt. Im nächsten Jahr wird dieses Aggregat auf dem derzeitigen Niveau real stagnieren.

Den aktuellen Daten zufolge sind die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstige Anlagen) im Jahresdurchschnitt 2008 um 2 % gestiegen. Dabei kam es im Jahresverlauf zu einer massiven Abschwächung der Investitionstätigkeit. Nachdem die Ausrüstungsinvestitionen im ersten Quartal in saisonbereinigter Betrachtung noch um 0.8 % gegenüber dem Vorquartal zugenommen hatten, sind sie im Schlussquartal um 2.4 % gesunken. Mit einem Rückgang um 4 % verstärkte sich der negative Trend in den ersten drei Monaten des heurigen Jahres noch. Vor allem die Anschaffungen neuer Fahrzeuge waren vom Einbruch der Sachkapitalbildung betroffen, aber auch die Käufe von Maschinen und Geräten schwächten sich immer mehr ab. Wegen der einbrechenden Aufträge aus dem In- und Ausland ist die Kapazitätsauslastung in der Industrie auf einen historischen Tiefstand gefallen. Da sich keine rasche Belebung der Nachfrage in den wichtigsten Abnehmerländern österreichischer Erzeugnisse abzeichnet, beurteilen die Unternehmen die künftige Produktionstätigkeit sehr pessimistisch. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise haben sich zudem die Finanzierungsmöglichkeiten verschlechtert. Die Geschäftsbanken agieren zurückhaltend bei der Kreditvergabe, wozu auch die eingetrübten Ertragsperspektiven aufgrund der realwirtschaftlichen Kontraktion beitragen. Bei der Begebung von Unternehmensanleihen sind beträchtliche Risikoaufschläge zu zahlen. In diesem gesamtwirtschaftlichen Umfeld müssen die Aussichten für die Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum überaus negativ beurteilt werden. Gestützt wird die Sachkapitalbildung zwar durch die investitionsfördernden Maßnahmen im Rahmen der Konjunkturpakete, etwa die auf 2009 und 2010 befristete vorgezogene Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter sowie die Maßnahmen zur Senkung der Finanzierungskosten und zur Stärkung der Eigenkapitalbasis. Die negativen Auswirkungen der fehlenden Nachfrage können diese fiskalischen Maßnahmen aber nicht kompensieren. Alles in allem dürften die realen Ausrüstungsinvestitionen heuer um 12 % einbrechen. Im Einklang mit der weltwirtschaftlichen Stabilisierung sollte sich die Investitionstätigkeit im kommenden Jahr allmählich erholen. Gleichwohl werden die Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt auch 2010 noch leicht sinken.

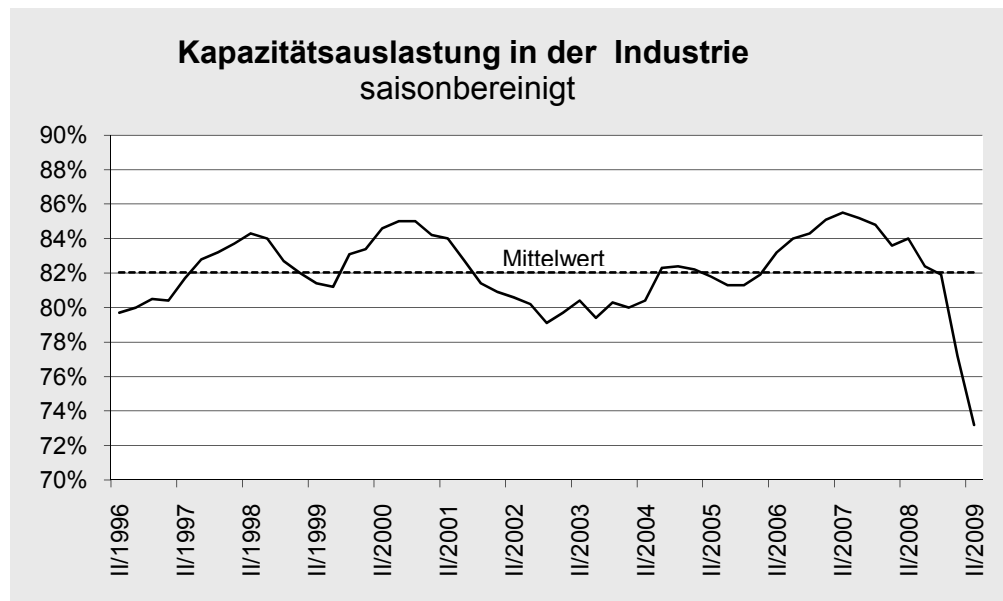
Angesichts der Rezession in den Industrieländern besteht derzeit kaum Spielraum für die Erhöhung von Preisen für Investitionsgüter, zumal die Investitionstätigkeit besonders von der Wirtschaftskrise betroffen ist. Daher dürfte der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr stabil bleiben und 2010 mit einer Zunahme um 1 % nur wenig steigen.



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission

Die **realen Bauinvestitionen** wurden im vergangenen Jahr um 1,7 % ausgeweitet. Während die Wohnbauinvestitionen stagnierten, nahmen die sonstigen Bauinvestitionen um 2,8 % zu. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die öffentliche Hand kräftig in den Straßen-, Eisenbahn- und Tunnelbau investierte. Im Jahresverlauf schwächte sich sowohl der Wohnbau als auch der Nicht-Wohnbau markant ab, und zu Beginn des laufenden Jahres wurden die Bauinvestitionen weiter eingeschränkt. Auch wenn der Rückgang im ersten Quartal durch die ungünstigen Witterungsbedingungen verstärkt worden sein dürfte, haben sich mit der Rezession doch die Perspektiven für die Bautätigkeit erheblich eingetrübt. Angesichts der einbrechenden Ausrüstungsinvestitionen zeichnen sich für den Prognosezeitraum kaum Impulse für den Wirtschaftsbau ab. Der Wohnbau wird durch mehrere Faktoren belastet. So agieren die privaten Haushalte wegen des zunehmenden Arbeitsplatzrisikos zurückhaltender bei großen Anschaffungen. Die steigende Arbeitslosigkeit belastet zudem das verfügbare Haushaltseinkommen.

Gestützt wird die Bautätigkeit im Prognosezeitraum durch massive Infrastrukturausgaben und Förderungen der öffentlichen Hand im Rahmen der Konjunkturbelebungsmaßnahmen. So werden bereits geplante Investitionen der ÖBB, der ASFINAG und der Bundesimmobiliengesellschaft BIG zeitlich vorgezogen. Darüber hinaus gewährt der Bund Förderungen für die thermische Sanierung von Wirtschafts- und Wohngebäuden. Auch die Bundesländer weiten die Infrastrukturinvestitionen in den Jahren 2009 und 2010 beträchtlich aus. Mit diesen Maßnahmen wird der Rückgang der Bauinvestitionen heuer auf 3 % und im kommenden Jahr auf 1 % begrenzt.

Steigende Energie- und Rohstoffpreise resultierten im vergangenen Jahr in einem Anstieg der Baupreise um rund 5 %. Im Einklang mit den fallenden Rohstoffkosten schwächte sich der Preisauftrieb zu Beginn des laufenden Jahres spürbar ab. Da inzwischen die Preise für Rohöl, Eisen- und Stahlprodukte sowie Buntmetalle wieder anziehen, dürfte die Rückbildung der Baupreise hinter der Abflachung



des allgemeinen Preisauftriebs zurückbleiben. Im Jahresdurchschnitt 2009 sollte der Preisindex der Bauinvestitionen um 2.5 % steigen, für 2010 beläuft sich die Prognose auf 1.5 %.

Nach einem Anstieg um 3.3 % im Vorjahr dürften die gesamten **realen Bruttoinvestitionen** (einschließlich Lagerbestandsveränderungen) heuer um 9.4 % und 2010 um 2.1 % sinken.

Die Rezession und die Konjunkturpakete der Regierung führen im Prognosezeitraum zu sehr hohen gesamtstaatlichen Budgetdefiziten. Die Situation der **öffentlichen Haushalte** ist von einem kräftigen Anstieg der Ausgaben und Einnahmeausfällen geprägt. Die Einnahmen werden infolge der konjunkturellen Situation und der Steuerreform merklich zurückgehen. Die Ausgabenseite wird von den Konjunkturpaketen und dem Anstieg der monetären Transferleistungen an die privaten Haushalte bestimmt. Maßnahmen zur Dämpfung des Ausgabenwachstums (Stichwort Ermessensausgaben) wirken hier kaum entgegen. Nach einem gesamtstaatlichen Budgetdefizit von 0.4 % im letzten Jahr gemäß der budgetären Notifikation von März 2009 dürfte das Budgetdefizit in diesem Jahr auf 4.4 % ansteigen und nächstes Jahr 5.4 % betragen. Nachdem die öffentliche Schuldenquote letztes Jahr das erste Mal seit 2001 wieder angestiegen ist, wird sie heuer und nächstes Jahr noch weiter steigen. Laut Stabilitätsprogramm wird sie Ende 2010 deutlich über 70 % liegen, wobei selbst das Negativszenario noch ein höheres Wirtschaftswachstum als die vorliegende Prognose unterstellt. Dabei ist aber zu beachten, dass der Staat im Rahmen der Unterstützung der Banken auch Aktiva erhält, welche bei der reinen Bruttobetrachtung des Schuldenstandes außer Acht bleiben.

Nachdem im letzten Jahr, trotz der konjunkturellen Eintrübung in der zweiten Jahreshälfte, die Abgaben noch kräftig zugelegt haben, ist heuer mit einem spürbaren Rückgang zu rechnen. Verantwortlich hierfür zeichnen die Konjunktur und die Steuerreform (inklusive Familienpaket) mit einem Volumen bei vollem Wirksamwerden von 2.8 Mrd. Euro. Infolge der Steuervorauszahlungen der Körperschaften und der merklichen Zurückhaltung bei Dividendenausschüttungen werden auch die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer und der Kapitalertragsteuer deutlich schrumpfen. Somit werden die direkten Steuern heuer einbrechen. Der private Konsum wird infolge der Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen zwar noch eine Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung sein, jedoch führen die moderate Inflation und die Senkung der Mehrwertsteuer auf Medikamente auch zu einem leichten Rückgang der Konsumabgaben. Im nächsten Jahr impliziert die Verringerung der Lohnsumme und der Unternehmensgewinne eine Stagnation bei den Abgaben. Die beträchtliche steuerliche Entlastung sowie die Wirkung der automatischen Stabilisatoren führen somit im Prognosezeitraum zu einer deutlichen Verschlechterung der Budgetsituation.

Auf der Ausgabenseite werden heuer vor allem die Transferzahlungen kräftig zulegen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit, das höhere Angebot an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Verlängerung und Ausweitung der Kurzarbeit implizieren deutlich höhere Ausgaben für die passive und aktive Arbeitsmarktpolitik. Die hohe Inflation im letzten Jahr hatte kräftige Erhöhungen bei den Pensionen und den Löhnen und Gehältern der öffentlich Bediensteten zur Folge, was das heurige Budget belastet. Im nächsten Jahr wird der Anstieg wesentlich geringer ausfallen. Zusätzlich wirken auch einige der Parlamentsbeschlüsse vom letzten September heuer und auch nächstes Jahr nach. Der beträchtli-

che Anstieg der öffentlichen Schulden impliziert eine Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Zinsendienst. Der reale öffentliche Konsum wird sich mit einem Wachstum von jeweils 0.8 % im laufenden und im nächsten Jahr moderat entwickeln.

Im internationalen Vergleich greift die Bundesregierung mit den beschlossenen Maßnahmen den privaten Haushalten kräftiger unter die Arme, als dies in anderen europäischen Ländern der Fall ist. Damit wird der private Konsum stabilisiert, jedoch zieht das Budgetdefizit deutlich an. Dazu kommen Maßnahmen, mit denen die Unternehmer entlastet werden. Vor dem Hintergrund eines über den Prognosezeitraum hinaus hohen strukturellen Budgetdefizits ist es notwendig, bei einem Anspringen der Konjunktur sofort Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Ebenso hat die Europäische Kommission das Prozedere des Verfahrens bei einem übermäßigen Budgetdefizit nicht ausgesetzt, sondern lediglich einen breiteren Interpretationsspielraum ermöglicht. Eine Reduktion des strukturellen Budgetdefizits ist auch aus diesem Grund notwendig.

Im ersten Quartal 2009 sind die Tariflöhne um 3.5 % angestiegen. Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** haben im gleichen Zeitraum um 3.0 % zugenommen. Der Lohnabschluss der Metallindustrie im Herbst 2008 kam – vor dem Hintergrund einer damals noch relativ stabilen Konjunktursituation – bei der 4-Prozent-Marke zu liegen und trägt zu einer merkbaren Steigerung der Kaufkraft der Arbeitnehmer im Jahr 2009 bei. Die Lohnverhandlungen des Jahres 2009 haben die geänderten Rahmenbedingungen berücksichtigt und sind deutlich moderater ausgefallen. Der Kollektivvertragsabschluss der Elektro- und Elektronikindustrie kam beispielsweise bei 2.2 % zu liegen und beinhaltet eine Konjunkturklausel, die vom Abschwung stark betroffenen Unternehmen niedrigere Lohnabschlüsse erlaubt.

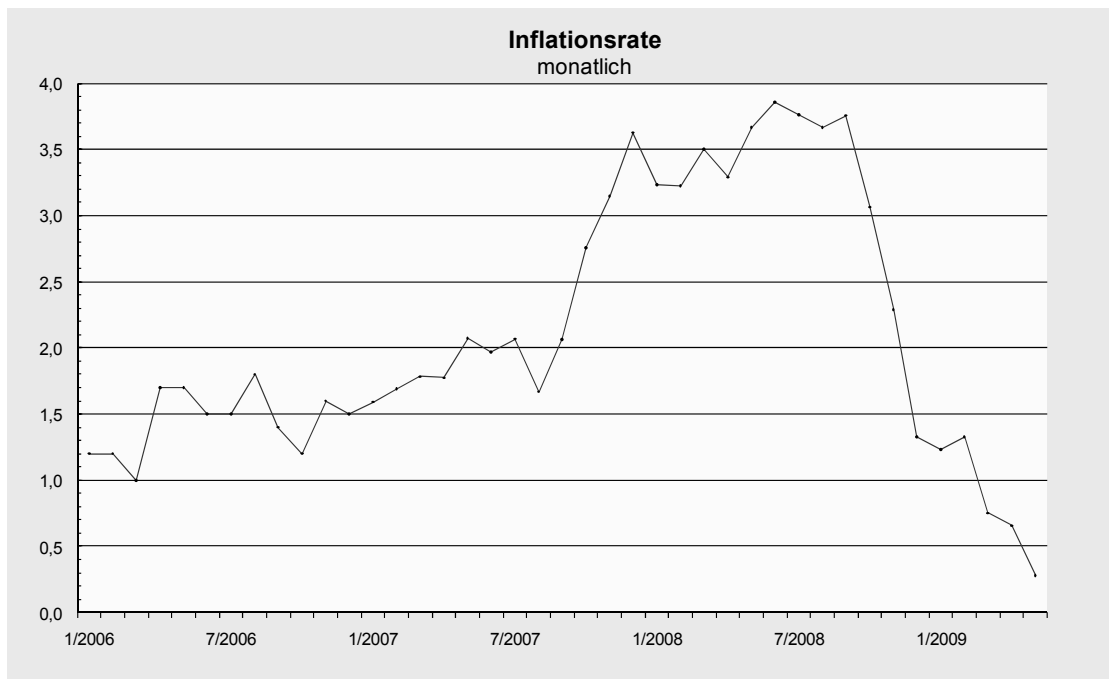
Aufgrund der dramatischen Verschlechterung der konjunkturellen Rahmenbedingungen erwartet die vorliegende Prognose im Laufe des Jahres eine erhebliche negative Lohndrift. Das deutliche Zurückbleiben der Effektivverdienste hinter den Kollektivvertragslöhnen in einem Konjunkturabschwung entspricht historischen Erfahrungen. Die negative Lohndrift betrug beispielsweise im Jahr 2001 1.2 Prozentpunkte. Für das Jahr 2009 geht die Prognose von einem Anstieg der Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten um 2.2 % aus. Dieser Wert impliziert dennoch ein kräftiges Reallohnwachstum von 1.6 %.

Dem prognostizierten relativ starken Wachstum der Reallöhne wird im laufenden Jahr ein massiver Einbruch der Arbeitsproduktivität um 2.8 % gegenüberstehen. Aus diesem Grund erwartet das Institut sehr maßvolle Lohnabschlüsse bei der nächsten Lohnrunde. Für das Jahr 2010 wird deshalb ein Anstieg der Arbeitnehmerentgelte um lediglich 0.5 % prognostiziert. Die Reallöhne werden dann voraussichtlich um 1.2 % zurückgehen.

Synchron mit der wirtschaftlichen Aktivität befindet sich die **Inflationsrate** derzeit im freien Fall. Von einem langjährigen Rekordwert von 3.9 % im Juni des Vorjahres hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise kontinuierlich auf 0.3 % im Mai des laufenden Jahres verlangsamt. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate des laufenden Jahres hat die Inflationsrate lediglich 0.8 % betragen.

Die globale Nachfrageschwäche im Gefolge der Finanzkrise hat zu einem beeindruckenden Rückgang der Energie- und Rohstoffpreise geführt, der sich rasch in die Verbraucherpreise fortpflanzte. Im Euro-Raum ist der Preisauftrieb im Mai vollständig zum Stillstand gekommen. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex Österreichs folgt dem europäischen Trend und stieg im Mai um 0,1 %. Die preisdämpfenden Kräfte verlieren jedoch zunehmend an Substanz. Die Bodenbildung bei den Rohstoffpreisen wurde bereits überwunden, und insbesondere der Ölpreis hat in den letzten Monaten merkbar zugelegt. Deshalb ist zu erwarten, dass die Inflation insbesondere im vierten Quartal wieder an Fahrt aufnehmen wird. Für den Jahresdurchschnitt 2009 wird nunmehr eine Inflationsrate von 0,6 % prognostiziert.

Im Jahr 2010 wird die weiterhin schwache internationale Konjunktur den Preisauftrieb hemmen. Allerdings wird der derzeit bereits sichtbare deutliche Anstieg der Energiepreise seine Spuren in der Preisentwicklung hinterlassen. Die erwartete Belebung des Preisauftriebs wird sich im Jahr 2010 fortsetzen und einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,6 % bewirken.



Quelle: Statistik Austria

Der Wirtschaftseinbruch hinterlässt auf dem Arbeitsmarkt tiefe Spuren. Nach Jahren mit kräftigen Zuwächsen wird die Beschäftigtenzahl im Prognosezeitraum signifikant schrumpfen. Gegeben den stärksten Konjunktoreinbruch der Nachkriegszeit, ist der markante Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht verwunderlich. 2010 wird die Arbeitslosenquote (nationale Definition) laut Prognose  $8\frac{3}{4}\%$  betragen, ein Wert, der zuletzt 1953 verzeichnet wurde.

Im Mai ist die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** im Vorjahresvergleich um 52,700 Personen bzw. 1,5 % zurückgegangen. Der Konjunktoreinbruch in der Industrie reflektiert sich in der Struktur der Beschäfti-

gungsentwicklung. Gegenwärtig ist nur die Männerbeschäftigung rückläufig, allerdings stagniert die Frauenbeschäftigung bereits. In sektoraler Betrachtung entfällt der Großteil des Beschäftigungsrückgangs auf die Sachgüterproduktion (etwa Fahrzeuge, Metallindustrie, Textil) sowie auf die Leiharbeit. Es ist zu beachten, dass überwiegend Branchen betroffen sind, die in den letzten Jahren kräftige Beschäftigungszuwächse aufwiesen. In den nächsten Monaten wird sich der Beschäftigungsabbau mit weiterhin hohem Tempo fortsetzen, da die Beschäftigungsnachfrage erst mit Verzögerung auf den Produktionseinbruch reagiert. Der Bestand an offenen Stellen lag im Mai rund  $\frac{1}{3}$  unter dem Vorjahresniveau. Die Fördermaßnahmen durch das AMS (Kurzarbeit, aber auch etwa Lohnsubventionen) dämpfen den Beschäftigungsabbau etwas. Insgesamt gesehen geht das Institut aber davon aus, dass im Jahresdurchschnitt 2009 die Beschäftigung um 50,000 Personen bzw. 1.5 % schrumpft. Auch im kommenden Jahr wird die Beschäftigungsdynamik sehr schwach ausfallen, sodass gegenwärtig ein Beschäftigungsrückgang um 1 % erwartet wird. Gegeben den tiefsten Wirtschaftseinbruch der Nachkriegszeit, fällt der prognostizierte Beschäftigungsrückgang sogar relativ verhalten aus, die Arbeitsproduktivität sinkt 2009 markant. Vor diesem Hintergrund könnte die Beschäftigung, insbesondere im nächsten Jahr, noch deutlicher einbrechen.

#### Arbeitsmarktentwicklung 2009

	Jänner bis Mai (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	-29,630	-0.9 %
Männer	-37,918	-2.1 %
Frauen	8,288	0.5 %
Aktiv-Beschäftigte*	-29,532	-0.9 %
Primärer Sektor	1,775	3.0 %
Sachgüterproduktion	-23,824	-3.9 %
Bau	-8,534	-3.6 %
Dienstleistungssektor	818	0.0 %
Arbeitslose	51,885	23.3 %
Männer	40,043	30.9 %
Frauen	11,842	12.8 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

\* ohne KindergeldbezieherInnen, Präsenzdienner mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis

Seit Jahresbeginn steigt die Arbeitslosigkeit markant. So lag im Mai die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** um 55,000 Personen bzw. 30 % über dem Wert des Vorjahres. Hierbei ist insbesondere die Sachgüterproduktion (81 %) negativ betroffen, auch im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen ist der Anstieg (37 %) überdurchschnittlich. Im Jahresvergleich befinden sich 12,000 Personen mehr in Schulungsmaßnahmen. Da der Arbeitsmarkt verzögert auf den Konjunkturunbruch reagiert, wird im Jahresverlauf die Arbeitslosenzahl weiter ansteigen. Das Institut rechnet für den Jahres-

durchschnitt 2009 mit rund 280,000 Personen, 1/3 mehr als im Vorjahr. Die Arbeitsmarktaussichten für das kommende Jahr haben sich verschlechtert. Nunmehr geht das Institut von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 40,000 Personen aus, die Zahl der als arbeitslos vorgemerkten Personen wird im Jahresdurchschnitt 2010 somit 323,000 betragen. Die vorliegende Prognose unterstellt eine prozyklische Entwicklung des Arbeitskräfteangebots und dass die deutlich ausgeweiteten Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik den Anstieg der Arbeitslosigkeit dämpfen.

Im heurigen Jahr klettert die Arbeitslosenquote (nationale Definition) von 5.8 % auf 7.7 %. Im nächsten Jahr könnte ein Wert von 8.8 % erreicht werden. Dies entspricht dem Rekordwert von 1953. Die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Berechnungsmethode steigt von 3.8 % im Vorjahr auf 5.4 % bzw. 6.3 %. Damit werden jeweils historische Höchststände erreicht.

Die Arbeitsmarktpolitik hat durch eine Reihe von Maßnahmen auf die Krise reagiert. Im Zentrum stehen dabei verstärkte Ausbildungsmaßnahmen und die Kurzarbeit. Die Ausweitung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik ist begrüßenswert. Ziel der Maßnahmen muss es sein, die Beschäftigungsfähigkeit des Arbeitskräftepotenzials zu erhalten bzw. zu erhöhen, nicht jedoch eine nur kurzfristig wirksame Minimierung der registrierten Arbeitslosigkeit. Besonders wichtig sind die gesetzten Akzente bei den von der Rezession überdurchschnittlich betroffenen Jugendlichen. Programme wie die Alterszeit sind hingegen äußerst kritisch zu hinterfragen.

Von einem makroökonomischen Standpunkt aus ist die Kurzarbeit positiv zu bewerten, da sie Hysteresiseffekten der Arbeitslosigkeit vorbeugt und allfällige Kündigungs- bzw. Kosten der Neueinstellung nicht auftreten lässt. Empfehlenswert wäre eine stärkere Koppelung der Kurzarbeit mit Ausbildungsmaßnahmen. Bei der Vergabe der Beihilfe muss aber unbedingt darauf geachtet werden, dass sie nur an Unternehmen geht, die lediglich einen temporären Auftragsmangel erleiden, sonst würde nur der Strukturwandel bzw. die Reallokation von Arbeitskräften verlangsamt. Eine Entlastung bei den Arbeitskosten im Niedriglohnbereich (etwa eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge) sollte angedacht werden. Vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit und knapper öffentlicher Mittel ist es notwendig, darauf zu drängen, dass die Mittel der Arbeitsmarktpolitik gezielt eingesetzt und Mitnahmeeffekte verhindert werden. Hierbei sind insbesondere längerfristig orientierte Maßnahmen, die die Transformation von konjunktureller in strukturelle Arbeitslosigkeit verhindern, anzudenken.



## 5. Monetäre Prognose

In Reaktion auf die rückläufige Wirtschaftsentwicklung hat die Europäische Zentralbank die Leitzinsen im Euroraum im vergangenen Quartal noch einmal zurückgenommen. In zwei Zinsschritten wurde der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte um jeweils 25 Basispunkte auf 1 % gesenkt. Er liegt nun auf einem historisch niedrigen Niveau. Bis zur Null-Zinspolitik, wie sie gegenwärtig von Notenbanken wie der *Fed*, der *Bank of England* oder der *Bank of Japan* verfolgt wird, besteht damit nur noch ein minimaler Handlungsspielraum, der nach Einschätzung des Instituts jedoch nicht ausgeschöpft werden dürfte. Neben Zinssenkungen hat die EZB bereits im Herbst 2008 zusätzliche Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte ergriffen, welche im zweiten Quartal 2009 aufrecht erhalten bzw. verlängert wurden. Insbesondere werden Refinanzierungsgeschäfte weiterhin mit vollständiger Zuteilung bei festem Zinssatz durchgeführt, und für Offenmarktgeschäfte wird ein breiteres Spektrum an Sicherheiten akzeptiert. Darüber hinaus wurden im Mai die Einführung liquiditätszuführender längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von zwölf Monaten sowie der Kauf von auf Euro lautenden besicherten Anleihen, die im Euroraum begeben wurden, angekündigt.

Die Inflation im Euroraum hat in den vergangenen Monaten weiter deutlich nachgelassen und betrug im März, April und Mai 0.6 %, 0.6 % bzw. 0.0 %. Auch das Geldmengenwachstum ist deutlich zurückgegangen. Das Geldmengenaggregat M3 wuchs im Mai und April im Vorjahresvergleich zum ersten Mal seit knapp fünf Jahren nur noch mit einer Rate von unter 6 %. Auf Basis der gegenwärtig vorliegenden Informationen geht das Institut davon aus, dass die Leitzinsen der EZB im Prognosezeitraum unverändert bleiben.

Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2006	3.5	5.25	5	1.5 – 2.5	0.25
Ende 2007	4	4.25	5.5	2.25 – 3.25	0.5
Ende 2008	2.5	0 – 0.25	2	0 – 1	0.1
22.6. 2009	1	0 – 0.25	0.5	0 – 0.75	0.1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Financial Datastream

Die in den ersten Monaten 2009 kräftig angestiegenen Bonitätsaufschläge und CDS-Prämien österreichischer Staatsanleihen sind im zweiten Quartal zurückgegangen, befinden sich jedoch nach wie vor auf hohen Niveaus. Auch die Unterschiede zwischen den Anleiherenditen verschiedener Euroraum-Mitgliedsländer bleiben groß und deuten auf eine differenzierte Wahrnehmung des Ausfallsrisikos der betreffenden Staaten. Eine höhere Einschätzung des Ausfallsrisikos bedingt insbesondere steigende staatliche Finanzierungskosten auf dem Kapitalmarkt.

Auf den Märkten für Staatsanleihen sind die Renditen, gemessen an Quartalsdurchschnittswerten, vom ersten auf das zweite Quartal in Österreich, in Deutschland und im Euroraum-Durchschnitt

gestiegen. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen im ablaufenden Quartal eine durchschnittliche Rendite von 4.16 % auf, deutsche Bundesanleihen der gleichen Laufzeit rentierten zu durchschnittlich 3.38 %. Der Renditespread wird, abgesehen von der geringeren Liquidität, vor allem mit einer höheren Risikoeinschätzung angesichts des starken Engagements österreichischer Banken in Osteuropa begründet. Dieser Spread ist im zweiten Quartal etwas zurückgegangen, liegt allerdings weiterhin deutlich über den Werten der Jahre 2003 bis 2007. In diesem Zeitraum hatte die durchschnittliche Differenz zwischen österreichischen und deutschen Staatsanleihen fast null betragen. Die Prognose der Rendite für Staatsanleihen bleibt im Vergleich zur März-Prognose nahezu unverändert. Für 2009 und 2010 prognostiziert das Institut für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren eine durchschnittliche Jahresrendite von 4.2 % bzw. 4.5 %.

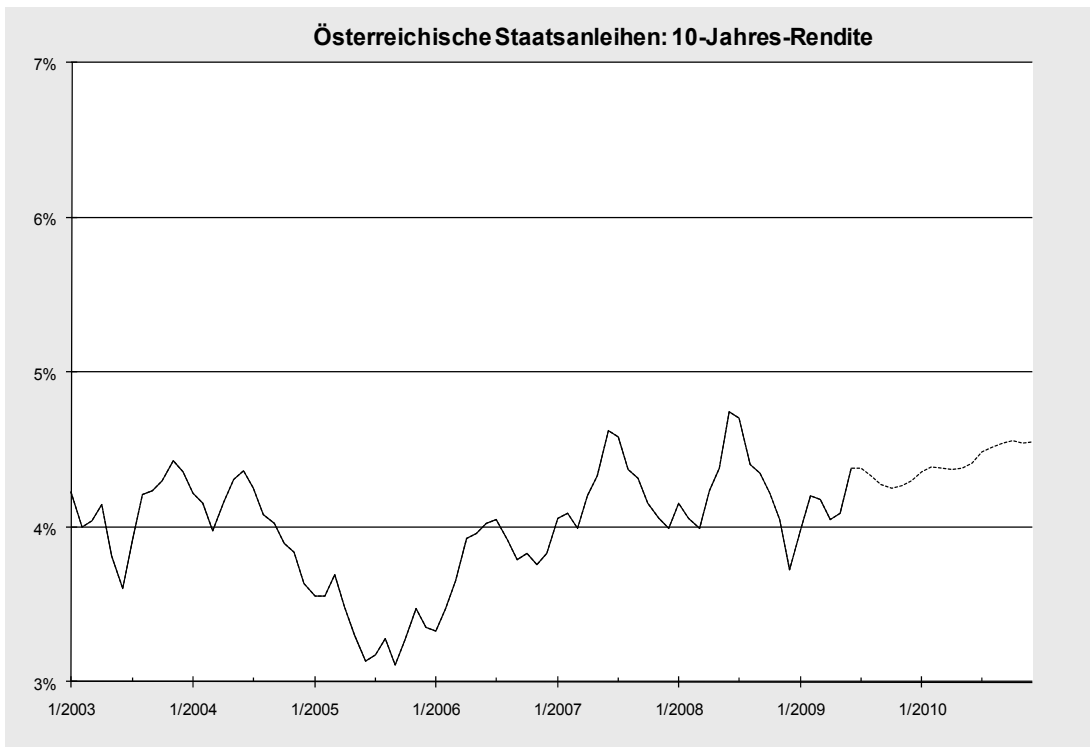
Am Interbankenmarkt hat sich die Situation deutlich entspannt, d.h. die durch das mangelnde gegenseitige Vertrauen der Banken ausgelösten Zinsaufschläge sind zurückgegangen. Die Differenz zwischen unbesichertem 3-Monats-Euribor und besichertem 3-Monats-Euro-Repocatz betrug im zweiten Quartal 2009 durchschnittlich 50 Basispunkte, nach etwa 90 Basispunkten im Vorquartal. Im ablaufenden Quartal wurde der 3-Monats-Euribor zu durchschnittlich 1.32 % quotiert und hat sich im Vergleich zum Vorquartal um 70 Basispunkte verringert. Die Entwicklung der Geldmarktzinsen spiegelte somit die Leitzinssenkung wider, und zugleich verringerte sich der Liquiditätsaufschlag. Für 2009 und 2010 erwartet das Institut, wie bei der März-Prognose, einen jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor von 1.3 % bzw. 1.2 %.

Bezogen auf Quartalsdurchschnittswerte hat der Euro gegenüber dem Dollar im zweiten Quartal 2009 – nach den Abwertungen der Vorquartale – um 4.3 % aufgewertet. Im Quartalsdurchschnitt betrug der Wechselkurs 1.36 USD/EUR. In dem der Prognose zugrundeliegenden Wachstumsbild sieht das Institut keine Impulse für eine grundlegende Veränderung des Euro-Dollar-Wechselkurses. Für 2009 und 2010 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von 1.33 bzw. 1.30 USD/EUR prognostiziert.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten für 2009 und 2010 ist im Vergleich zur März-Prognose leicht zurückgenommen worden. Die Sichteinlagen sollten im Prognosezeitraum um 6.6 % bzw. 6.9 % steigen, die Termineinlagen zunächst um 4.0 % sinken und sich danach wieder um 3.2 % ausweiten. Für die Spareinlagen prognostiziert das Institut ein jahresdurchschnittliches Wachstum um 1.8 % bzw. 0.8 %. Das Kreditvolumen sollte 2009 um 0.7 % schrumpfen und 2010 um 1.6 % steigen.



## ERGEBNISSE DER MONETÄREN PROGNOSE



Quelle: Thomson Financial Datastream, eigene Berechnungen

Erläuterung: Die strichlierte Linie gibt die prognostizierten Werte an.



TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
GDP	213,744 0,8%	219,182 2,5%	225,483 2,9%	233,091 3,4%	240,236 3,1%	244,478 1,8%	234,061 -4,3%	234,660 0,3%
GDP\$	223,302 2,0%	232,782 4,2%	244,453 5,0%	257,294 5,3%	270,837 5,3%	282,286 4,2%	274,147 -2,9%	277,574 1,3%
PGDP	104,472 1,2%	106,205 1,7%	108,413 2,1%	110,384 1,8%	112,738 2,1%	115,465 2,4%	117,126 1,4%	118,288 1,0%
PLC	95,750 1,3%	97,740 2,1%	100,000 2,3%	101,500 1,5%	103,700 2,2%	107,000 3,2%	107,642 0,6%	109,364 1,6%
YWGLEA	36,996 2,0%	37,462 1,3%	38,426 2,6%	39,572 3,0%	40,440 2,2%	41,536 2,7%	42,450 2,2%	42,662 0,5%
LEA	3057,409 0,2%	3078,544 0,7%	3110,407 1,0%	3161,932 1,7%	3227,449 2,1%	3304,128 2,4%	3254,566 -1,5%	3222,021 -1,0%
UR	7,010 0,149	7,084 0,075	7,254 0,170	6,795 -0,459	6,232 -0,563	5,843 -0,389	7,730 1,887	8,824 1,094

TAB. 1/2: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Var1	0,504	1,183	1,381	1,254	0,496	0,434	-0,102	0,107
Var2	0,024	0,044	0,025	0,053	0,039	-0,002	-0,004	0,000
Var3	0,209	0,186	0,281	0,424	0,318	0,368	0,135	0,142
Var4	1,190	0,444	0,637	0,545	0,834	0,766	-2,201	-0,475
Var5	0,481	-0,042	0,592	0,097	0,730	0,222	-1,335	-0,102
Var6	0,560	0,193	-0,046	0,484	0,320	0,191	-0,344	-0,116
Var7	0,208	0,266	-0,005	-0,391	0,256	-0,043	-0,014	-0,002
Var8	0,727	5,095	3,782	4,197	5,151	1,046	-6,946	1,102
Var9	0,353	4,660	2,533	3,453	4,007	0,434	-6,451	1,035
Var10	0,367	0,506	1,244	0,783	1,169	0,583	-0,603	0,091
Var11	-2,062	-4,673	-3,226	-2,709	-4,030	-0,803	4,870	-0,617
Var12	-1,772	-4,238	-2,523	-2,239	-3,664	-0,812	4,363	-0,651
Var13	-0,298	-0,485	-0,697	-0,477	-0,408	-0,009	0,552	0,019
GDP	0,801	2,545	2,874	3,374	3,065	1,766	-4,261	0,256

TAB. 1/3: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Var1	23,297 1,004	23,152 -0,146	23,124 -0,028	22,897 -0,227	23,025 0,129	23,378 0,353	22,120 -1,258	21,590 -0,530
UREU	4,3 0,1	4,8 0,5	5,2 0,4	4,7 -0,5	4,4 -0,3	3,8 -0,6	5,4 1,6	6,3 0,9
Var4	2,882 -0,742	2,414 -0,469	1,280 -1,133	1,978 0,698	2,160 0,182	1,821 -0,339	2,761 0,939	3,508 0,747
Var5	35,489 0,3%	35,239 -0,7%	35,358 0,3%	35,761 1,1%	35,773 0,0%	35,677 -0,3%	36,245 1,6%	35,817 -1,2%
PRLEA	6,991 0,6%	7,120 1,8%	7,249 1,8%	7,372 1,7%	7,444 1,0%	7,399 -0,6%	7,192 -2,8%	7,283 1,3%
Var6	-1,4 -0,7	-4,4 -3,0	-1,6 2,8	-1,6 0,0	-0,5 1,1	-0,4 0,1	-4,4 -4,0	-5,4 -1,0

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
C\$	119,230 2,6%	124,278 4,2%	130,338 4,9%	135,839 4,2%	140,080 3,1%	145,477 3,9%	146,057 0,4%	148,837 1,9%
CNP\$	3,251 2,7%	3,388 4,2%	3,486 2,9%	3,636 4,3%	3,783 4,0%	3,839 1,5%	3,868 0,7%	3,916 1,3%
CP\$	42,107 3,3%	43,358 3,0%	45,136 4,1%	47,340 4,9%	49,361 4,3%	51,527 4,4%	53,211 3,3%	54,012 1,5%
IF\$	51,202 6,1%	52,891 3,3%	55,413 4,8%	57,959 4,6%	61,756 6,6%	65,868 6,7%	59,843 -9,1%	58,924 -1,5%
IFE\$	23,781 4,6%	23,776 0,0%	25,451 7,0%	25,980 2,1%	28,177 8,5%	29,039 3,1%	25,554 -12,0%	25,551 0,0%
IFC\$	26,338 6,2%	27,335 3,8%	27,856 1,9%	29,928 7,4%	32,027 7,0%	34,153 6,6%	33,957 -0,6%	34,121 0,5%
DIF\$	-0,346 -0,320	0,000 0,346	0,477 0,477	-0,240 -0,717	-0,107 0,133	0,706 0,813	0,642 -0,064	0,632 -0,009
VDS	215,444 3,4%	223,914 3,9%	234,851 4,9%	244,534 4,1%	254,873 4,2%	267,417 4,9%	263,620 -1,4%	266,321 1,0%
X\$	108,541 1,1%	120,837 11,3%	132,001 9,2%	145,719 10,4%	161,419 10,8%	166,015 2,8%	146,380 -11,8%	149,803 2,3%
M\$	100,683 3,9%	111,970 11,2%	122,399 9,3%	132,959 8,6%	145,455 9,4%	151,146 3,9%	135,853 -10,1%	138,550 2,0%
GDP\$	223,302 2,0%	232,782 4,2%	244,453 5,0%	257,294 5,3%	270,837 5,3%	282,286 4,2%	274,147 -2,9%	277,574 1,3%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2000)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
C	114,375 0,9%	116,904 2,2%	119,931 2,6%	122,758 2,4%	123,914 0,9%	124,957 0,8%	124,707 -0,2%	124,957 0,2%
CNP	3,201 1,6%	3,294 2,9%	3,348 1,7%	3,468 3,6%	3,560 2,7%	3,556 -0,1%	3,547 -0,3%	3,547 0,0%
CP	40,271 1,1%	40,669 1,0%	41,286 1,5%	42,242 2,3%	42,983 1,8%	43,868 2,1%	44,197 0,8%	44,528 0,8%
IF	49,796 5,3%	50,745 1,9%	52,140 2,7%	53,370 2,4%	55,314 3,6%	57,155 3,3%	51,775 -9,4%	50,664 -2,1%
IFE	23,534 4,5%	23,444 -0,4%	24,740 5,5%	24,959 0,9%	26,659 6,8%	27,193 2,0%	23,930 -12,0%	23,691 -1,0%
IFC	25,454 4,9%	25,866 1,6%	25,766 -0,4%	26,858 4,2%	27,604 2,8%	28,062 1,7%	27,221 -3,0%	26,948 -1,0%
DIF	0,201 0,442	0,770 0,569	0,758 -0,012	-0,122 -0,881	0,475 0,598	0,372 -0,103	0,338 -0,034	0,333 -0,005
VD	207,794 2,2%	212,218 2,1%	217,268 2,4%	221,611 2,0%	226,188 2,1%	229,861 1,6%	224,544 -2,3%	224,029 -0,2%
X	107,802 1,5%	118,692 10,1%	126,981 7,0%	136,445 7,5%	148,452 8,8%	150,964 1,7%	133,984 -11,2%	136,563 1,9%
M	101,902 4,5%	111,891 9,8%	118,962 6,3%	125,070 5,1%	134,464 7,5%	136,394 1,4%	124,486 -8,7%	125,931 1,2%
GDP	213,744 0,8%	219,182 2,5%	225,483 2,9%	233,091 3,4%	240,236 3,1%	244,478 1,8%	234,061 -4,3%	234,660 0,3%

TAB. 4: PREISINDIZES (2000 = 100)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
PC	104,244 1,7%	106,308 2,0%	108,678 2,2%	110,656 1,8%	113,046 2,2%	116,422 3,0%	117,120 0,6%	119,111 1,7%
PCP	104,560 2,2%	106,610 2,0%	109,325 2,5%	112,070 2,5%	114,838 2,5%	117,460 2,3%	120,396 2,5%	121,299 0,8%
PIF	102,823 0,7%	104,230 1,4%	106,278 2,0%	108,598 2,2%	111,646 2,8%	115,245 3,2%	115,581 0,3%	116,304 0,6%
PIFE	101,047 0,1%	101,419 0,4%	102,870 1,4%	104,091 1,2%	105,694 1,5%	106,786 1,0%	106,786 0,0%	107,854 1,0%
PIFC	103,473 1,2%	105,678 2,1%	108,113 2,3%	111,430 3,1%	116,024 4,1%	121,704 4,9%	124,746 2,5%	126,617 1,5%
PVD	103,682 1,2%	105,511 1,8%	108,093 2,4%	110,344 2,1%	112,682 2,1%	116,339 3,2%	117,402 0,9%	118,878 1,3%
PX	100,686 -0,3%	101,808 1,1%	103,953 2,1%	106,797 2,7%	108,734 1,8%	109,970 1,1%	109,252 -0,7%	109,695 0,4%
PM	98,804 -0,5%	100,070 1,3%	102,889 2,8%	106,308 3,3%	108,174 1,8%	110,816 2,4%	109,130 -1,5%	110,021 0,8%
PGDP	104,472 1,2%	106,205 1,7%	108,413 2,1%	110,384 1,8%	112,738 2,1%	115,465 2,4%	117,126 1,4%	118,288 1,0%



TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
XG\$	77,896 -0,2%	88,597 13,7%	96,105 8,5%	106,730 11,1%	118,411 10,9%	121,147 2,3%	103,405 -14,6%	106,255 2,8%
XSO\$	19,890 5,5%	21,278 7,0%	24,495 15,1%	27,306 11,5%	30,895 13,1%	31,951 3,4%	30,287 -5,2%	30,895 2,0%
XST\$	10,755 2,7%	10,962 1,9%	11,402 4,0%	11,683 2,5%	12,112 3,7%	12,918 6,6%	12,688 -1,8%	12,653 -0,3%
X\$	108,541 1,1%	120,837 11,3%	132,001 9,2%	145,719 10,4%	161,419 10,8%	166,015 2,8%	146,380 -11,8%	149,803 2,3%
MG\$	79,431 3,6%	89,159 12,2%	97,306 9,1%	106,171 9,1%	116,863 10,1%	121,903 4,3%	108,392 -11,1%	110,843 2,3%
MSO\$	15,982 5,0%	17,610 10,2%	19,783 12,3%	21,309 7,7%	23,027 8,1%	23,628 2,6%	21,988 -6,9%	22,208 1,0%
MST\$	5,270 6,1%	5,201 -1,3%	5,310 2,1%	5,478 3,2%	5,565 1,6%	5,615 0,9%	5,473 -2,5%	5,499 0,5%
M\$	100,683 3,9%	111,970 11,2%	122,399 9,3%	132,959 8,6%	145,455 9,4%	151,146 3,9%	135,853 -10,1%	138,550 2,0%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2000)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
XG	78,976 1,0%	88,936 12,6%	94,489 6,2%	102,275 8,2%	111,616 9,1%	112,660 0,9%	96,887 -14,0%	99,310 2,5%
XSO	18,846 4,0%	19,995 6,1%	22,535 12,7%	24,310 7,9%	26,638 9,6%	27,710 4,0%	26,532 -4,3%	26,930 1,5%
XST	9,978 0,6%	9,911 -0,7%	10,096 1,9%	10,087 -0,1%	10,484 3,9%	10,815 3,2%	10,517 -2,8%	10,333 -1,8%
X	107,802 1,5%	118,692 10,1%	126,981 7,0%	136,445 7,5%	148,452 8,8%	150,964 1,7%	133,984 -11,2%	136,563 1,9%
MG	82,157 4,8%	91,216 11,0%	96,746 6,1%	101,793 5,2%	110,334 8,4%	112,285 1,8%	101,617 -9,5%	103,142 1,5%
MSO	14,887 3,1%	16,092 8,1%	17,638 9,6%	18,716 6,1%	19,742 5,5%	19,834 0,5%	18,644 -6,0%	18,644 0,0%
MST	4,873 4,0%	4,704 -3,5%	4,686 -0,4%	4,685 0,0%	4,608 -1,6%	4,536 -1,6%	4,378 -3,5%	4,334 -1,0%
M	101,902 4,5%	111,891 9,8%	118,962 6,3%	125,070 5,1%	134,464 7,5%	136,394 1,4%	124,486 -8,7%	125,931 1,2%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2000 = 100)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
PXG	98,632 -1,1%	99,618 1,0%	101,710 2,1%	104,356 2,6%	106,088 1,7%	107,533 1,4%	106,727 -0,8%	106,993 0,3%
PXSO	105,542 1,4%	106,414 0,8%	108,696 2,1%	112,325 3,3%	115,979 3,3%	115,307 -0,6%	114,154 -1,0%	114,725 0,5%
PXST	107,784 2,1%	110,613 2,6%	112,927 2,1%	115,825 2,6%	115,531 -0,3%	119,446 3,4%	120,641 1,0%	122,450 1,5%
PX	100,686 -0,3%	101,808 1,1%	103,953 2,1%	106,797 2,7%	108,734 1,8%	109,970 1,1%	109,252 -0,7%	109,695 0,4%
PMG	96,681 -1,2%	97,745 1,1%	100,579 2,9%	104,301 3,7%	105,917 1,5%	108,566 2,5%	106,667 -1,8%	107,467 0,8%
PMSO	107,357 1,9%	109,432 1,9%	112,159 2,5%	113,858 1,5%	116,639 2,4%	119,126 2,1%	117,934 -1,0%	119,114 1,0%
PMST	108,138 2,0%	110,553 2,2%	113,317 2,5%	116,943 3,2%	120,767 3,3%	123,776 2,5%	125,014 1,0%	126,889 1,5%
PM	98,804 -0,5%	100,070 1,3%	102,889 2,8%	106,308 3,3%	108,174 1,8%	110,816 2,4%	109,130 -1,5%	110,021 0,8%
Var1	101,905 0,2%	101,736 -0,2%	101,035 -0,7%	100,460 -0,6%	100,518 0,1%	99,236 -1,3%	100,112 0,9%	99,704 -0,4%
Var2	102,018 0,0%	101,917 -0,1%	101,124 -0,8%	100,053 -1,1%	100,161 0,1%	99,048 -1,1%	100,056 1,0%	99,560 -0,5%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Var1								
IMPORTQUOTE, GESAMT	45,088	48,101	50,070	51,676	53,706	53,544	49,555	49,915
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,826	3,013	1,970	1,605	2,030	-0,162	-3,989	0,360
Var2								
IMPORTQUOTE, GÜTER	35,571	38,302	39,806	41,264	43,149	43,184	39,538	39,933
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,533	2,731	1,504	1,459	1,884	0,036	-3,647	0,395
Var3								
EXPORTQUOTE, GESAMT	48,607	51,910	53,998	56,635	59,600	58,811	53,395	53,969
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,451	3,303	2,088	2,637	2,965	-0,789	-5,416	0,574
Var4								
EXPORTQUOTE, GÜTER	34,884	38,060	39,314	41,482	43,721	42,916	37,719	38,280
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,772	3,176	1,254	2,168	2,239	-0,804	-5,198	0,561

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
POPWAT	5269,423 0,6%	5299,194 0,6%	5329,443 0,6%	5360,245 0,6%	5376,975 0,3%	5399,674 0,4%	5416,974 0,3%	5437,874 0,4%
TLFPR	72,219 0,5%	72,222 0,0%	72,671 0,6%	73,027 0,5%	73,686 0,9%	74,776 1,5%	74,978 0,3%	74,828 -0,2%
TLF	3805,538 1,1%	3827,170 0,6%	3872,940 1,2%	3914,452 1,1%	3962,088 1,2%	4037,651 1,9%	4061,523 0,6%	4069,039 0,2%
Var1	3416,968 0,7%	3424,478 0,2%	3454,451 0,9%	3481,566 0,8%	3509,947 0,8%	3563,330 1,5%	3583,645 0,6%	3589,966 0,2%
DLFFOR	388,570 4,9%	402,693 3,6%	418,489 3,9%	432,886 3,4%	452,141 4,4%	474,321 4,8%	477,878 0,8%	479,073 0,3%
SEG	380,700 0,8%	384,700 1,1%	390,000 1,4%	394,400 1,1%	395,800 0,4%	404,903 2,3%	408,952 1,0%	408,952 0,0%
DLF	3424,838 1,1%	3442,470 0,5%	3482,940 1,2%	3520,052 1,1%	3566,288 1,3%	3632,747 1,9%	3652,571 0,5%	3660,087 0,2%
LEA	3057,409 0,2%	3078,544 0,7%	3110,407 1,0%	3161,932 1,7%	3227,449 2,1%	3304,128 2,4%	3254,566 -1,5%	3222,021 -1,0%
LENACT	127,351 23,4%	120,047 -5,7%	119,879 -0,1%	118,946 -0,8%	116,590 -2,0%	116,366 -0,2%	115,668 -0,6%	115,090 -0,5%
UN	240,079 3,3%	243,880 1,6%	252,654 3,6%	239,174 -5,3%	222,248 -7,1%	212,253 -4,5%	282,337 33,0%	322,977 14,4%
UR	7,010 0,149	7,084 0,075	7,254 0,170	6,795 -0,459	6,232 -0,563	5,843 -0,389	7,730 1,887	8,824 1,094

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
GDP\$	223,302 2,0%	232,782 4,2%	244,453 5,0%	257,294 5,3%	270,837 5,3%	282,286 4,2%	274,147 -2,9%	277,574 1,3%
YWGG\$	113,111 2,1%	115,328 2,0%	119,520 3,6%	125,124 4,7%	130,517 4,3%	137,240 5,2%	138,155 0,7%	137,458 -0,5%
BUSE	85,322 3,1%	91,556 7,3%	98,300 7,4%	105,171 7,0%	111,965 6,5%	115,917 3,5%	107,955 -6,9%	112,220 4,0%
PASUB	24,870 -1,8%	25,898 4,1%	26,633 2,8%	26,999 1,4%	28,355 5,0%	29,129 2,7%	28,037 -3,8%	27,896 -0,5%
YF\$	-2,171 -20,5%	-1,749 -19,4%	-2,378 36,0%	-4,449 87,1%	-5,591 25,7%	-4,101 -26,7%	-3,773 -8,0%	-3,773 0,0%
DEP\$	34,853 2,9%	36,076 3,5%	37,578 4,2%	39,164 4,2%	41,224 5,3%	43,601 5,8%	45,672 4,8%	47,728 4,5%
Y\$	186,279 2,2%	194,957 4,7%	204,497 4,9%	213,681 4,5%	224,022 4,8%	234,584 4,7%	224,702 -4,2%	226,074 0,6%
YT\$	-1,821 0,4%	-1,922 5,6%	-2,076 8,0%	-1,785 -14,0%	-1,367 -23,4%	-1,566 14,5%	-1,597 2,0%	-1,629 2,0%
NE\$	184,458 2,2%	193,035 4,6%	202,421 4,9%	211,896 4,7%	222,654 5,1%	233,018 4,7%	223,105 -4,3%	224,445 0,6%

TAB. 11 : MONETAERER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
SI	44,926 14,0%	49,771 10,8%	55,901 12,3%	60,682 8,6%	65,863 8,5%	69,176 5,0%	73,741 6,6%	78,829 6,9%
TE	18,866 -12,1%	18,788 -0,4%	20,374 8,4%	24,453 20,0%	32,759 34,0%	44,861 36,9%	43,067 -4,0%	44,445 3,2%
SP	129,885 3,5%	134,049 3,2%	136,237 1,6%	138,213 1,5%	142,578 3,2%	150,148 5,3%	152,775 1,8%	153,921 0,8%
KV	236,639 0,8%	245,782 3,9%	257,653 4,8%	272,179 5,6%	280,163 2,9%	297,068 6,0%	294,989 -0,7%	299,708 1,6%
REU3M	2,33 -0,99	2,11 -0,23	2,19 0,08	3,08 0,90	4,28 1,20	4,63 0,35	1,32 -3,31	1,22 -0,10
REU10J	4,11 -0,84	4,07 -0,04	3,36 -0,71	3,80 0,43	4,29 0,49	4,25 -0,04	4,22 -0,03	4,46 0,24

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
USD/EUR	1,132 19,7%	1,244 9,9%	1,245 0,1%	1,256 1,0%	1,371 9,1%	1,471 7,3%	1,331 -9,5%	1,304 -2,0%
GBP/EUR	0,692 10,1%	0,679 -1,9%	0,684 0,8%	0,682 -0,3%	0,685 0,4%	0,797 16,3%	0,889 11,5%	0,878 -1,2%
YEN/EUR	131,033 10,9%	134,421 2,6%	136,828 1,8%	146,096 6,8%	161,256 10,4%	152,381 -5,5%	132,248 -13,2%	129,429 -2,1%
CHF/EUR	1,521 3,7%	1,544 1,5%	1,549 0,3%	1,573 1,6%	1,643 4,5%	1,587 -3,4%	1,524 -4,0%	1,554 2,0%



---

Autoren: Bernhard Felderer, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova,  
Helmut Hofer, Robert M. Kunst, Ulrich Schuh, Edith Skriner, Ludwig Strohner,  
Klaus Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2009-2010

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 57

Redaktion: Isabella Andrej

© 2009 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>

---